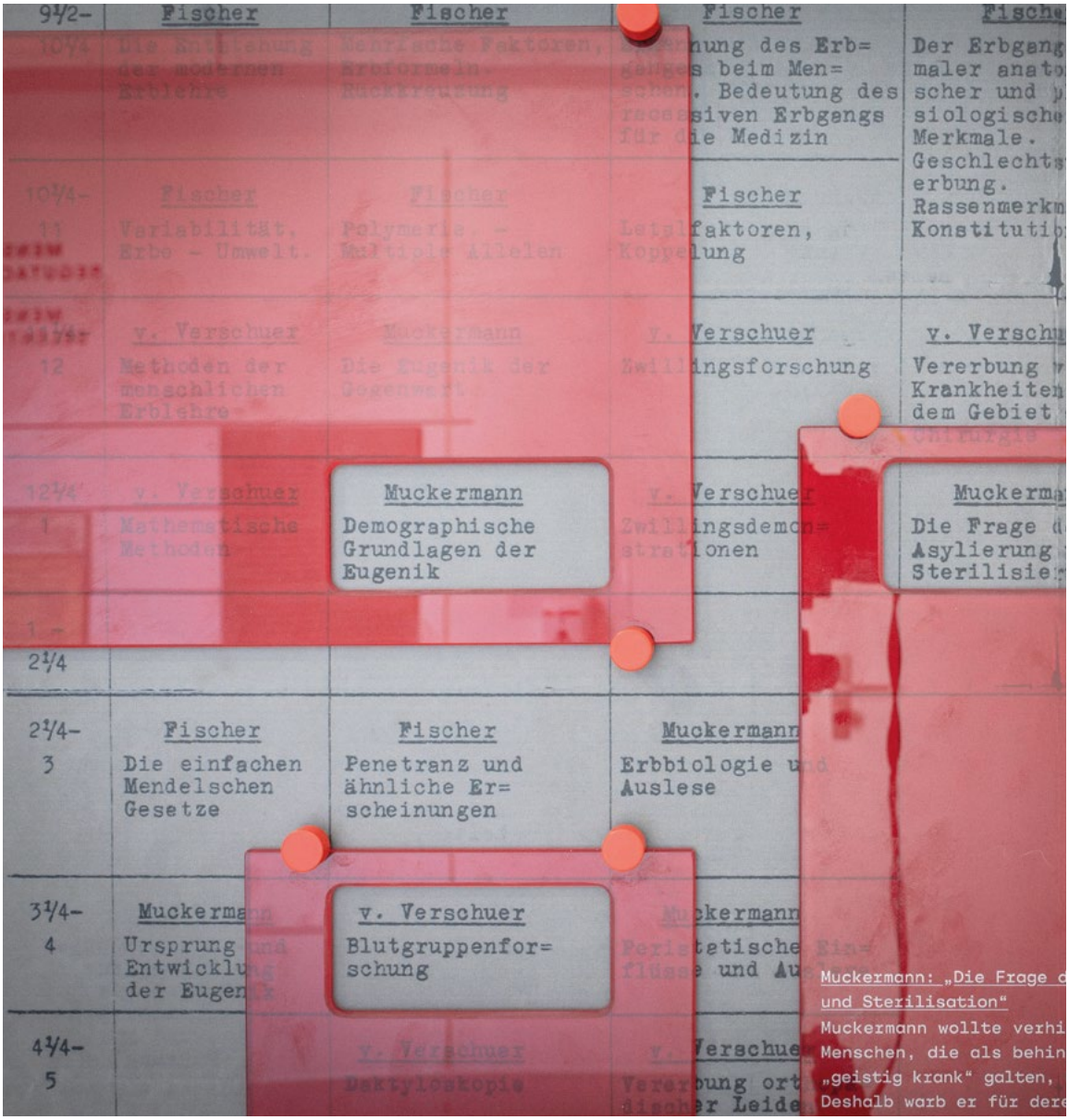
GedenkstättenRundbrief

№ 220 · Dezember 2025

Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors



Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Gedenkstättenreferat
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin

Redaktion: Dr. Julana Bredtmann
bredtmann@topographie.de
Korrektorat: Sandra H. Lustig
Druck: Druckteam Berlin
Gestaltung: Christine Kitta

Titelbild:
Erinnerungsort Ihnestraße

© Bernd Wannenmacher; Ausstellungsgestaltung: thomas doetsch architekt und vizibil.

www.topographie.de
www.gedenkstaettenforum.de

gefördert durch

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
BERLIN

Inhalt

2 **Editorial**

4 **»Welche Stimme haben wir?«**
Ein Projekt zur Einbeziehung und Beteiligung von Nachkommen NS-Verfolgter in die historisch-politische Bildungsarbeit
Alisa Gadas • Johanna Kühne-Lengle

14 **»Wissenschaft und Unrecht«.**
Gespräch zur neuen Ausstellung der FU Berlin am Erinnerungsort Ihnestraße
Manuela Bauche • Jochen Lingelbach

28 **Ein Bild? Reflexionen über Bandbreite und Fehlstellen der fotografischen Überlieferung der NS-Deportationen**
Christoph Kreutzmüller

40 **»Wer befreit wurde, ist auch historisch widerlegt, nicht nur militärisch besiegt«**
Zur systematischen Umdeutung des 8. Mai durch die extreme Rechte. Eine Analyse des Projekts »Geschichte statt Mythen«
Berit Kö • Jakob Schergaut

50 **Tagungsbericht**
69. Bundesweites Gedenkstättenseminar Hameln/Bückeberg, 10.–12. September 2025
Jennifer Farber • Lisa Schank

Gut zu wissen

60 Ausstellungen
66 Veranstaltungen
68 Literatur

Liebe Leser:innen,

welche Erwartungen verbinden Sie mit dem GedenkstättenRundbrief? Das Gedenkstättenreferat lädt Sie herzlich ein, an unserer kurzen Leser:innenbefragung teilzunehmen. Ihre Rückmeldungen sind uns ein wichtiger Impuls!

Die Beiträge dieser Ausgabe zeigen auf unterschiedliche Weise, wie Kontinuitäten und Brüche der Gewaltgeschichte erkennbar werden und wie heute darüber diskutiert wird.

Zu Beginn des Heftes sensibilisieren Alisa Gadas und Johanna Kühne-Lengle für das generationenübergreifende Wirken von Gewalterfahrungen: Nachkommen von Überlebenden der NS-Verbrechen prägen die Erinnerungskultur – und doch geraten sie häufig aus dem Blick. Umso wichtiger ist das Projekt »Welche Stimme haben wir?«, das die Beteiligung von Nachkommen in der historisch-politischen Bildungsarbeit in den Mittelpunkt rückt.

Wie sich komplexe wissenschafts- und gewaltgeschichtliche Konstellationen vermitteln lassen, thematisiert das Gespräch zwischen Manuela Bauche und Jochen Lingelbach. Das Interview führt in die neue Dauerausstellung in der Ihnestraße 22 an der Freien Universität Berlin ein, am historischen Ort des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.

Ein spannendes und zudem vielfach ausgezeichnetes Forschungs- und Vermittlungsprojekt ist »#LastSeen«. Christoph Kreutzmüller reflektiert in seinem Beitrag »Ein Bild?« die Bandbreite, Leerstellen und Fragen zu fotografischen Überlieferungen zu den NS-Deportationen.

Berit Kö und Jakob Schergaut stellen das Projekt »Geschichte statt Mythen« vor und rufen zum Mitmachen auf. Ihre Analyse zu systematischen Umdeutungen des 8. Mai durch die extreme Rechte steht exemplarisch für das Anliegen des Projekts, Verzerrungen historischer Wirklichkeiten sichtbar zu machen.

Der Tagungsbericht von Jennifer Farber und Lisa Schank zum 69. GedenkstättenSeminar (September 2025, Bückeberg/Hameln) ist gerade für diejenigen, die das Seminar nicht besuchen konnten, unbedingt lesenswert. Ihr Beitrag kommentiert und reflektiert das dreitägige Programm zum Thema »(Dis-)Kontinuitäten völkischen Denkens«.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre, einen guten Jahresausklang 2025 und freue mich auf eine breite Beteiligung an unserer Befragung!

Julana Bredtmann

Online-Leser:innenbefragung
(bis 19. Januar 2026):

https://bit.ly/4rjNaNN

**www.gedenkstaettenforum.de/
aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief**

Alisa Gadas · Johanna Kühne-Lengle

»Welche Stimme haben wir?«

Ein Projekt zur Einbeziehung und Beteiligung von Nachkommen NS-Verfolgter in die historisch-politische Bildungsarbeit

Teilnehmende des Vernetzungstreffens vor dem historischen Eingang zum Lager, Gedenkstätte Sachsenhausen 2024

© Foto: Leona Goldstein

In den vielen Jahren, in denen bereits vom »Sterben der Zeitzeug*innen« gesprochen wird, wurde eine andere Zielgruppe lange Zeit vernachlässigt: die Nachkommen dieser Zeitzeug*innen, die mit ihren ganz eigenen Interessen und Fragen in die Gedenkstätten kommen. Sie suchen nach Spuren ihrer Familiengeschichten, wollen die Erinnerung an ihre Vorfahren und an die Orte ihrer Unterdrückung und Verfolgung aktiv mitgestalten und möchten die eigene Gegenwart im Lichte der Vergangenheit besser verstehen. Dies ist keine neue Entwicklung. Bereits in den 1970er Jahren machten Psycholog*innen und Journalist*innen auf dieses Thema aufmerksam. Maßgebend waren unter anderem die Forschungen von Dori Laub, Yael Danieli und Shamai Davidson sowie medienwirksame Akteur*innen wie Helen Epstein, die 1979 die erste Internationale Konferenz für Kinder von Shoah-Überlebenden organisierte. Nachkommen von Überlebenden der NS-Verbrechen prägen seit Jahrzehnten Erinnerungskultur aktiv mit. Dennoch geraten diese Menschen selten in den Blick institutioneller erinnerungskultureller Praxis. Das Projekt »Welche Stimme haben wir?« zur Einbeziehung und Beteiligung von Nachkommen NS-Verfolgter in die historisch-politische Bildungsarbeit, welches von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) in der Bildungsagenda NS-Unrecht gefördert wurde, stellt nun genau diese Gruppe in den Mittelpunkt. Das Pilotprojekt startete Anfang 2024 mit vier Teilprojekten in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, bei AMCHA Deutschland e.V. und beim Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. Das Ziel: Nachkommen von NS-Verfolgten verstärkt in die Bildungs- und Erinnerungsarbeit einzubeziehen und dabei ihre Erfahrungen mit und Perspektiven auf die bestehende Erinnerungskultur zu thematisieren und zu reflektieren.

Transgenerationales Trauma und Gefühlserbschaften

Ein Ziel des Projekts ist es, für Betroffene sowie für die Öffentlichkeit ein Bewusstsein für das generationenübergreifende Wirken von Gewalt- und Unrechtserfahrungen zu schaffen. Denn bei populärwissenschaftlich beliebten Formulierungen wie »vererbtem Trauma« ist Vorsicht geboten: Zum einen haben diese Begriffe pathologisierende Tendenzen, zum anderen bleibt oft unklar, was konkret vererbt wird und wie. Kinder von Überlebenden verstehen oft, dass etwas an der Vergangenheit ihrer Familien sie in irgendeiner Weise betrifft, ohne Ausdruck dafür finden zu können. Genau dies ist eines der charakteristischen Merkmale von Trauma, nämlich dass es amorph und schwer zu fassen ist. Dori Laub definierte Trauma in der Hinsicht als »unbewusstes Organisationsprinzip, welches von den Eltern weitergegeben und von ihren Kindern internalisiert wird.«[1] Das Trauma beschränkt sich nicht auf einen Zeitpunkt, einen Ort oder eine Person, denn es beschreibt weder das Ereignis selbst noch die Erinnerung daran. Stattdessen meint der Begriff die psychischen Spuren und Wunden, die das Erleben von Gewalt hinterlassen. Da traumatische Erlebnisse die individuellen Handlungs- und Bewältigungsmöglichkeiten übersteigen, können sie nicht verarbeitet werden. Oft überträgt sich dieses Unverarbeitete als »Gefühlserbschaften« auf nachkommende Generationen.[2] Diese äußern sich zum Beispiel durch diffuse Gefühle wie Ängste, Schuldgefühle und Depressionen, die nicht auf selbst Erlebtes zurückgeführt werden können. Wie diese Übertragung funktioniert, erläutert der klinische Psychologe Nathan Kellermann anhand von vier Modellen: psychodynamisch, soziokulturell, systemisch und biologisch.[3]

Das psychodynamische Modell beschreibt, wie unbewusste und verdrängte Emotionen der Eltern durch zwischenmenschliche Beziehungen und Interaktionen übertragen werden. Wenn ein Elternteil sein Trauma nicht verarbeitet hat, kann das Kind unbewusst diese Aufgabe

übernehmen, wie zum Beispiel Trauerarbeit oder die Umkehr von Gefühlen der Demütigung und Hilflosigkeit. Die Eltern können Emotionen wie Wut, Angst oder Trauer um den Verlust von Familienmitgliedern auf ihr Kind projizieren. Die soziokulturelle Weitergabe sowie die Weitergabe durch Familiensysteme hängen von der Sozialisation, dem Erziehungsstil und der Kommunikation ab. Zu viel oder gar nicht über das Erlebte zu sprechen, beeinflusste ihre Kinder ebenso wie Überbehütung und ängstliche Bindungsstile. Ein oft beobachtetes Phänomen ist, dass Kinder angesichts der Hilfebedürftigkeit ihrer Eltern oft die Elternrolle übernahmen. Das biologische oder epigenetische Modell basiert auf Forschungen, die sich mit dem Einfluss extremer Traumata auf die Genetik befassen. Die Ergebnisse der Forschung auf diesem Gebiet sind bislang recht vage, da es schwierig ist, tatsächliche Biomarker zu lokalisieren.[4]

Was bei diesen Erklärungsmodellen zu kurz kommt, ist die Rolle der Gesellschaft. Überlebende und ihre Nachkommen verhalten sich zu ihrer Vergangenheit in einem Rahmen, den der gesellschaftliche Umgang mit den Themen NS-Zeit, Zweiter Weltkrieg und Holocaust vorgibt. Nachkommen von Überlebenden in Israel haben demnach einen ganz anderen Bezugsrahmen als diejenigen, die in Deutschland in einer Post-Täter-Gesellschaft aufwuchsen, oder den vielzähligen Nachkommen aus der ehemaligen Sowjetunion, wo das Gedenken an den Holocaust gar tabuisiert war. Und auch innerhalb der Ländergrenzen tun sich große Unterschiede auf, wenn man etwa die späte Anerkennung des Genozids an den Sinti*zze und Romn*ja sowie deren Erfahrungen mit strukturellem Rassismus betrachtet. Diese Faktoren gilt es in der praktischen erinnerungskulturellen Arbeit mitzudenken.

Comic-Workshop in Berlin

Die Comic-Künstlerin Nathalie Frank bei einem Comic-Workshop in Tel Aviv

© Foto: Alisa Gadas

Das Projekt »Welche Stimme haben wir?«

Die vier Projektpartner setzten innerhalb von zwei Jahren unterschiedliche Teilprojekte um. In den zwei Gedenkstätten Neuengamme und Sachsenhausen wurden Gruppen gegründet, in denen Nachkommen ehemaliger KZ-Häftlinge der jeweiligen Lager aus aller Welt zusammenfanden und über den Projektzeitraum gemeinsam an Möglichkeiten arbeiteten, ihre Perspektiven in der Gedenkstättenarbeit sichtbar zu machen – durch Ausstellungsmodule, Videointerviews, Bildungsmaterialien und Veranstaltungen. Der Bundesverband für NS-Verfolgte und AMCHA Deutschland dagegen organisierten Workshops in Deutschland und in Israel mit wechselnden Konstellationen der Teilnehmenden. In diesen Veranstaltungen, wie etwa Comic- und Schreibworkshops, ging es um den Austausch über Familiengeschichten, den Umgang mit transgenerationalen Traumata und autobiografisches Schreiben.

Das Projekt wirkte im Wesentlichen in zwei Richtungen: Zunächst war es wichtig, geschützte Räume des Austausches von Nachkommen untereinander zu schaffen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte und deren Wirkungen in der Gegenwart verläuft keineswegs linear und braucht daher immer wieder Räume der Reflexion. Sie kann auch immer wieder sehr anspruchsvoll und schmerzhaft sein. Für viele der Teilnehmenden war es das erste Mal, dass sie mit anderen Nachkommen von Verfolgten über ihre Erfahrungen und Gefühlswelten sprachen. Diese Gemeinschaft wirkt sehr bestärkend, wie das Feedback aus einem der Schreibworkshops verdeutlicht: »Es fühlt sich an wie Selbsthilfearbeit mit professioneller Unterstützung. Die neuen regelmäßigen Treffen haben etwas Befreiendes, denn andere [...] wollen häufig nichts vom Thema hören.« Das zweite Ziel war es, die Perspektiven die-

Nachkommen tauschen sich über ihre Familiengeschichten aus, Gedenkstätte Sachsenhausen 2024

© Foto: Leona Goldstein

ser nachkommenden Generationen in der historisch-politischen Bildungsarbeit sichtbar zu machen. Dadurch erleben die Nachfahren einerseits eine Würdigung ihrer Realitäten, andererseits sind sie mit ihren eigenen Biografien Brücken zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Ihre Geschichten machen deutlich, wie die Vergangenheit in der Gegenwart fortwirkt und tragen somit zu einem nachhaltigen Geschichtsverständnis bei. Wie diese Ziele erreicht werden konnten, und welche Herausforderungen sie brachten und weiterhin bringen, wollen wir im Folgenden mit Beispielen aus unserem Projekt zeigen.

Arbeit mit und für Nachkommen

Oft bringen Nachkommen keine fertige Geschichte mit, sondern sind noch im Prozess des Forschens und Verarbeitens. Diesen Prozess können Gedenkstätten unterstützend begleiten. Arbeit mit Nachkommen bedeutet auch Beziehungsarbeit, damit es eine vertrauensvolle Grundlage gibt, auf der sich die Beteiligten sicher und ernst genommen fühlen. Denn was sie mit den Gedenkstättenmitarbeiter*innen teilen, ist oft mehr als nur die Geschichte ihrer Vorfahren, sondern vielmehr, wie diese Ereignisse sie selbst und ihre Familien geprägt haben. Es sind teilweise Geschichten von Gewalt, Scham, Ungerechtigkeit, Armut und großer Ambivalenz. Dies fordert von den Mitarbeitenden Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl, aber auch Strukturen, die Raum und Zeit für individuelle Fragen und Geschichten bieten, ohne, dass diese direkt verwertet werden müssen.

Eine Frage, die vor allem zu Beginn des Projekts im Vordergrund stand, war, wie Nachkommen erreicht werden können. Schon die Einladungen zu Veranstaltungen gestalten sich als schwierig, da es kaum Strukturen von Nachkommenvertretungen gibt. In den Gedenkstätten fehlen bisher dauerhafte Stellen für die Arbeit mit Nachkommen, Kontakte müssen zum Beginn jedes neuen Projekts wieder zusammengesucht werden. Ein weiteres Problem ist die Sprachbarriere. Texte lassen sich in viele Sprachen übersetzen, aber eine durchgehende Simultanverdolmetschung bei Veranstaltungen ist finanziell kaum zu stemmen. Außerdem ist der informelle Austausch mit den anderen Nachkommen zwischen den Veranstaltungen oder am Abend mindestens genauso wichtig wie die vorbereiteten Inhalte. Daher fanden alle Seminare in den Projekten auf Deutsch oder Englisch statt und waren somit für bestimmte Zielgruppen nicht zugänglich.

Die Veranstaltungen im Projekt haben nicht den Anspruch, therapeutische Angebote zu sein. Trotzdem bewegen wir uns auf einem schmalen Grat zwischen historisch-politischer

Workshop über aktuelles Bildungsmaterial beim Vernetzungstreffen, Gedenkstätte Sachsenhausen 2024

© Foto: Leona Goldstein

Bildungsarbeit und persönlicher Verarbeitung von Familiengeschichten. Nachkommen verschiedener Häftlingsgruppen bringen sehr unterschiedliche Erfahrungen und damit auch Bedürfnisse mit. Besonders für Nachkommen spät anerkannter Häftlingsgruppen und Personen, die selbst Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, ist es wichtig, konstante Bezugspersonen und nicht nur Projektmitarbeiter*innen zu haben. Die Reaktionen der Nachkommen auf verschiedene Situationen, wie etwa das erste Mal auf dem ehemaligen Lagergelände sein, sind sehr unterschiedlich und vorher nicht abzusehen. Einige äußern dann starke Emotionen, andere ziehen sich zurück; die einen brauchen in dem Moment Austausch und Halt, die anderen Ruhe. Wie hilfreich die Einbeziehung von psychologischem Fachpersonal ist, zeigte die Zusammenarbeit mit den Psychologen Martin Auerbach und Peter Pogány-Wnendt bei den Workshops von AMCHA und vom Bundesverband. Gedenkstättenmitarbeiter*innen können diese Arbeit durchaus auch leisten, wenn sie in diesen Themen geschult werden.

Solange es keine festen Stellen für die Arbeit mit Nachkommen gibt, ist es wichtig, schon im Projekt die Selbstorganisation der Nachkommen zu fördern und den (zeitlichen) Rahmen des Projektes klar zu kommunizieren. So können Missverständnisse und falsche Erwartungshaltungen verhindert werden. Kommunikationswege, wie WhatsApp-Gruppen oder Mailverteiler sollten unabhängig von dem*der Projektmitarbeiter*in sein, sodass sie auch

Screenshot der Website
»Wohnzimmer der Erinnerungen«
https://amcha.de/livingroom/

© Gestaltung: Lea Ahlers

über das Projekt hinaus Bestand haben.[5] Das Ziel sollte sein, dass sich möglichst nicht immer wieder nur kleine Gruppen bilden, sondern Nachkommen sich auch in größeren Runden vernetzen, um so eigene Interessen gezielter vertreten zu können. Ein Teilnehmer des Vernetzungstreffens formulierte es im Anschluss folgendermaßen:

»I will stay connected with other descendants and the memorial. In case the memorial needs me once – I'll be there. It was a once in a lifetime experience - so grateful for that. It helped me a lot to understand more about others prisoner groups.«

Auch andere Teilnehmende betonten immer wieder, wie wertvoll die Begegnung mit Personen war, die eine andere Verfolgungsgeschichte hatten, tauschten oft untereinander Nummern aus und blieben den Institutionen verbunden.

Nachkommen als Akteure in der historisch-politischen Bildung

Die Sichtbarmachung der Geschichten von Nachkommen hat für viele ein heilendes Moment. Die oben beschriebenen Gefühle wie Angst, Scham und Ungerechtigkeit, die das Leben vieler Nachkommen prägen, stehen in direkter Relation zum gesellschaftlichen Umfeld. Die öffentliche Anerkennung, das Gehört- und Verstandenwerden tragen maßgeblich zur Linderung des Leidensdrucks bei, ebenso wie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch politische Partizipation. Workshop-Teilnehmende stellen sich immer wieder die Frage, was sie eigentlich beitragen können. Für viele war es das erste Mal, dass sie mit ihrer spezifischen Perspektive ernst genommen wurden, völlig unabhängig davon, wie viel historisches Wissen sie über ihre Vorfahren beisteuern können. Ein Teilnehmer des Vernetzungstreffens in der Gedenkstätte Sachsenhausen sagte nach dem Seminar:

»The seminar made me realise that I could be useful in terms of memory; that my story could be of interest in some way.«

Nützlich sind die Geschichten der Nachfolgegenerationen für die Erinnerungskultur und historisch-politische Bildungsarbeit allemal – ihr Potential wird leider dennoch oftmals unterschätzt und bislang wenig genutzt. Sie bieten einen neuen Ansatz in der Geschichtsvermittlung, der in den Vordergrund stellt, wie sich Geschichte in der Gegenwart spürbar macht. Geschichte erscheint darin nicht bloß als fernes, abstraktes Faktenwissen, sondern als gesellschaftliche Kraft, die Individuen, Familien und soziale Gefüge formt. Dabei bietet ein ganzes literarisches Genre bereits eine Fülle an Material: die Holocaust-Literatur der Zweiten Generation. Schriftsteller*innen wie Lizzie Doron, Robert Schindel, Barbara Honigman, Thane Rosenbaum, David Grossman und viele andere rekonstruieren die Geschichten ihrer Familien und interpretieren sie im Lichte ihrer eigenen Gegenwart neu. Auch das kanonische Werk »Maus« von Art Spiegelman hat im Genre der Graphic Novels und Comics viele Nachahmer gefunden.[6]

Gerade an den historischen Orten können die Geschichten der Nachfahren von Verfolgten einen Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit herstellen und den Besucher*innen die ganz konkreten Auswirkungen der Geschichte des Ortes offenbaren. Das bringt nicht nur den Vorteil, dass die immer weiter in die Vergangenheit rückende Geschichte der NS-Zeit in ihrer Aktualität sichtbar wird, sondern auch, dass Geschichte als menschliche Erfahrung erscheint, welche die Gegenwart formt: So wird auch eine Perspektive auf das eigene Erleben eröffnet, wie etwa für Kinder von Eltern mit Flucht-, Migrations- und Kriegserfahrungen aus anderen Kontexten. Sie können Familiendynamiken in diesen Geschichten wiedererkennen, ohne dass die historischen Ereignisse selbst miteinander verglichen werden.

Diese Niedrigschwelligkeit und Nahbarkeit ist ein weiterer pädagogischer Vorteil dieser Erzählungen. Aus einem Projekt von AMCHA zusammen mit der Universität Haifa entstand eine Online-Ausstellung in Form eines digitalen Wohnzimmers: Fünf Kinder von Shoah-Überlebenden erzählen dort anhand von Alltagsobjekten, wie die Vergangenheit ihrer Eltern Einzug in ihr tägliches Leben fand. Ein Laib Brot symbolisiert, wie Nahrung ein Ausdruck von Schutz und Kontrolle wurde, ein Stapel Briefe zeigt, wie offizielle Schreiben Angstzustände hervorriefen – in Erinnerung an Erlässe und Verordnungen der NS-Zeit, die immer eine potenzielle Gefahr darstellten. In einem Videointerview ringt Effi, Sohn belgischer Überlebender, mit den Tränen, als er von einem Wandteppich seines Großvaters erzählt, den er im Versteck fertigte und der in seinem Elternhaus an der Wand hing: »Es war etwas sehr Zentrales, aber doch Unausgesprochenes.« Erst in seinen 30ern erfuhr er die Geschichte hinter diesem Objekt. Noch heute fällt es ihm sichtbar schwer, über das jahrzehntelange Schweigen in seiner Familie zu dem Erlebten zu sprechen – ein zentrales Thema im Erleben der meisten Nachkommen von NS-Verfolgten. Umso wichtiger ist es, dieses Schweigen mit solchen Projekten zu brechen.

Ausblick

Während beide oben dargelegte Ziele – Angebote für die Nachkommen einerseits und die Bildungsarbeit zu dem Thema andererseits – zentrale Bestandteile des Projektes sind, hatte Ersteres stets Priorität. Das große Interesse an den verschiedenen Workshops zeigt, wie viele Menschen Raum zum Austausch suchen. »Das niederschwellige Angebot [...] hilft vielen Betroffenen, sich erstmals zu definieren und ihre innere Thematik zu benennen, wodurch eine Verarbeitung des Geschehenen möglich wird« – So lautete die Einschätzung eines Psychotherapeuten über die Workshops des Bundesverbandes. Diese Angebote müssen unabhängig davon existieren, ob sie »verwertbare« Ergebnisse hervorbringen. Im Gegenteil: Eine solche

Anspruchshaltung würde dem produktiven Dialog im Wege stehen. Vielmehr müssen Institutionen Räume des Austauschs schaffen, verstetigen und im besten Fall psychologisch betreuen lassen. Daraus können die Angehörigen Mut, Selbstbewusstsein und Resilienz schöpfen, mit ihrer Geschichte an eine Öffentlichkeit zu gehen. Gleichzeitig müssen dabei Grenzen respektiert werden: Aus Angst vor Diskriminierung wollen viele Nachkommen ihre Geschichten nur anonymisiert oder gar nicht teilen. Eine Befürchtung, die gerade im Lichte der erstarkenden rechten, antisemitischen und rassistischen Diskurse leider mehr als berechtigt ist.

Ideal sind langfristige, wiederkehrende und nachhaltige Angebote. Dafür sind Schulungen von Gedenkstättenpersonal im Bereich psychosozialer Hilfe und transgenerationalem Trauma notwendig. Aber auch vereinzelte Workshops, wie sie von AMCHA und vom Bundesverband durchgeführt werden, können wichtige Stützen sein und Impulse geben. Eine Teilnehmerin eines Schreibworkshops berichtete, dass sie zwar im Workshop im Schreiben noch sehr gehemmt war, allerdings konnte sie »in der Folge – ohne dauernd emotional aufgeladen zu sein und dadurch im Schreiben das Tabuisierte erneut zu verschleiern – viel leichter meine familiäre Belastung formulieren.« Solche Workshops geben den Teilnehmenden Werkzeug an die Hand, sich durch kreative Wege ihrer eigenen Gefühlswelt zu nähern und Ausdruck für das Trauma zu finden, über das in vielen Familien geschwiegen wurde.

Dass die Workshopangebote für alle Verfolgtengruppen offenstanden, wurde durchweg positiv aufgenommen und in Rückmeldungen immer wieder betont: »Diese Mischung zeigte die gesamte gesellschaftliche Tragweite der Tragödie der NS-Diktatur, unter deren Nachwehen wir noch heute leiden, obwohl das vielen unserer Mitbürger*innen nicht immer bewusst ist.« Der Fokus lag auf dem Entdecken von Gemeinsamkeiten: Ähnliche Familiendynamiken, langjähriges Schweigen, Unverständnis der Mehrheitsgesellschaft und viele weitere Aspekte prägen das Erleben vieler, unabhängig von ihrem Hintergrund. Der sichere Raum der Workshops bot gleichzeitig die Möglichkeit, Unterschiede zu hören und anzuerkennen. Dennoch gilt es in der weiteren Arbeit, diese Unterschiede mitzudenken und zu reflektieren. So gibt es eine signifikante Zahl von Nachkommen, in deren Familien sich sowohl Überlebende als auch Täter*innen finden. Das bringt für die Personen selbst ganz eigene Herausforderungen und kann bei anderen Teilnehmenden zu Irritationen führen. Wenngleich die Gruppen oft divers waren, konnten wir beobachten, dass es schwierig war, gewisse Zielgruppen zu erreichen: etwa Nachkommen von Verfolgten Sinti*zze und Rom*nja und Personen aus Zentral- und Osteuropa. Andauernde Diskriminierung, aktuelle Kriege, Sprachbarrieren und die den Communities eigenen Zugänge zum Geschichts- und Selbstverständnis könnten Hemmschwellen sein. Diese Communities gezielt anzusprechen und zur Partizipation einzuladen, und gleichzeitig eigene Formate ausschließlich für die einzelnen Zielgruppen anzubieten, sind zwei Lösungsansätze, die sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern eher befördern können.

Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen sollen Nachkommen stärker in den Fokus rücken – als Zielgruppe ihrer Arbeit und gleichzeitig als Ressource. Nicht nur die Zeitzeug*innen, sondern auch ihre Nachfahren sind lebendige Geschichte, sie bieten eine einzigartige Perspektive, die Gegenwart und Vergangenheit verbindet, und verdienen gesellschaftliche Anerkennung. Bei einer Veranstaltung der Gedenkstätte Neuengamme sprach Shlica Weiß, die Enkelin von verfolgten Sinti*zze, zu 200 Schüler*innen: »Wir alle sind wertvoll. So wie wir sind. Das dürfen, das müssen wir zeigen.« Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen dürfen, müssen dabei helfen.

Alisa Gadas ist Historikerin und arbeitet seit 2018 in verschiedenen Projekten für AMCHA Deutschland. Als freiberufliche Bildungsreferentin hat sie langjährige Erfahrung in der historisch-politischen Bildungsarbeit.

Johanna Kühne-Lengle ist Historikerin und seit Februar 2024 verantwortlich für das Projekt »Welche Stimme haben wir?« an der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Schon in vorherigen Projekten arbeitete sie im Kontext historisch-politischer Vermittlungsarbeit.

1 Nanette C. Auerhahn, Dori Laub, *Intergenerational Memory of the Holocaust,* in: Yael Danieli (Hrsg.), International Handbook of Multigenerational Legacies of Trauma, New York 1998, S. 22.

2 Marina Chernivsky, *Einführung und Begriffsentwirrung,* in: Marina Chernivsky, Jana Scheuring (Hrsg.), Gefühlserbschaften im Umbruch. Perspektiven, Kontroversen, Gegenwartsfragen, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Berlin 2016, S. 12–17, hier S. 14f.

3 Siehe dazu u.a. Nathan P. F. Kellermann, *»Geerbtes Trauma« – Die Konzeptualisierung der transgenerationellen Weitergabe von Traumata,* in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 39, 2011, S. 137–160, hier S. 145ff.

4 Für einen tiefergehenden Einblick in die Thematik siehe Nathan Kellermanns Vortrag: *Nathan Kellermann, No Geiger Counter for Holocaust Radioactivity. Possible or Impossible Biomarkers of Holocaust Traumatization?,* 22. Juni 2022, Haus der Psychologie, Berlin. YouTube, hochgeladen am 17. April 2023, www.youtube.com/watch?v=XRZvtDlBXeA

5 Aus dem Vernetzungstreffen der Nachkommen in der Gedenkstätte Sachsenhausen entstand in kompletter Eigenregie eine Webseite und ein Podcast: www.sachsenhausen-stuff.com/

6 Barbara Yelin, Emmie Arbel. *Die Farbe der Erinnerung,* 2023; Michel Kichka, *Zweite Generation: Was ich meinem Vater nie gesagt habe,* 2014; Bernice Eisenstein, *Ich war das Kind von Holocaustüberlebenden,* 2010; Ari Richter, *Never Again Will I Visit Auschwitz. A Graphic Family Memoir of Trauma & Inheritance,* 2024.

Teilnehmende beim Schreib-Workshop mit Nora Hespers

© Katharina Pysmenna

Manuela Bauche · Jochen Lingelbach

»Wissenschaft und Unrecht«

Gespräch zur neuen Ausstellung der FU Berlin am Erinnerungsort Ihnestraße

Seit Oktober 2024 gibt es im und am Gebäude des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft (OSI) der Freien Universität Berlin (FU) eine neue Dauerausstellung zur Geschichte des Ortes in der Ihnestraße 22.[1] Hier befand sich von 1927 bis 1945 das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (KWI-A), mit dessen Geschichte sich die Ausstellung unter dem Titel »Erinnerungsort Ihnestraße. Wissenschaft und Unrecht« auseinandersetzt. Mitarbeiter*innen des Instituts vertraten bereits in der Weimarer Republik eugenische Ideen, einzelne Wissenschaftler*innen griffen auf ältere kolonialanthropologische Forschung zurück und während des Nationalsozialismus unterstützten Forscher*innen die rassistische, antisemitische und behindertenfeindliche Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialist*innen und beteiligten sich an Verbrechen. All diese Themen behandelt die sehenswerte Ausstellung, die sich über vier Etagen in den Fluren und dem Außengelände der Ihnestraße 22 verteilt. Jochen Lingelbach (Zeitschrift WerkstattGeschichte) sprach mit der Leiterin des Projekts, Dr. Manuela Bauche, über die Strukturen dahinter, die Inhalte und Aushandlungen auf dem langen Weg von den ersten Ideen bis zur Eröffnung.[2]

Jochen Lingelbach (WerkstattGeschichte): Danke, dass du dir die Zeit genommen hast für dieses Gespräch. Bei WerkstattGeschichte interessiert uns ja die Schnittstelle von Geschichtsinitiativen und akademischer Geschichte. Und da wäre meine Frage, ob du die Entstehungsgeschichte des Erinnerungsorts hier nochmal aufdröseln könntest: Wie war die Situation, aus der heraus die ersten Initiativen entstanden, die eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes eingefordert haben? Von wem wurde diese Auseinandersetzung gestartet und in welchem gesellschaftlichen Kontext stand das Ganze?

Manuela Bauche: Die Auseinandersetzung mit dem Ort findet schon seit längerer Zeit statt. Ein früher Punkt der Auseinandersetzung, von dem wir wissen, ist der, dass Anna Bergmann, die früher am OSI studiert hatte, Anfang der 1980er Jahre im Zuge der Forschung zu ihrer Dissertation im Archiv darüber gestolpert ist, dass die Adresse Ihnestraße 22, die sie gut kannte, in Kombination mit dem KWI-A auftauchte. Sie wies den zuständigen Fachbereich der Universität bereits 1983 auf die Geschichte des Gebäudes hin. Später hat eine selbstorganisierte »Projektgruppe«, der neben Anna Bergmann Götz

Ausstellungstafel am Ort der Knochenfunde auf dem Gelände

© Bernd Wannenmacher

Aly, Gabriele Czarnowki, Annegret Ehmann und Susanne Heim angehörten, darauf hingewirkt, dass an diesem Ort etwas passiert. 1987 hat die Gruppe eine selbstfinanzierte Gedenktafel am Eingang zum Gebäude angebracht. Sie wurde zwar wieder abgenommen, aber die Presse hatte darüber berichtet und so hat dies einen Prozess ins Laufen gebracht, der dazu führte, dass die Freie Universität und die Max-Planck-Gesellschaft – als Nachfolgegesellschaft der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft – nach längerer Absprache 1988 eine offizielle Tafel neben dem Eingang aufgehängt haben. Viele hier vor Ort kennen diese Tafel und wissen auch grob, dass das irgendwie erstritten wurde. Für uns als Ausstellungsteam war es spannend, im Archiv festzustellen, dass die »Projektgruppe« damals schon eine Dauerausstellung gefordert hatte. Es gibt auch einen groben Entwurf dafür, also die angedachten Schwerpunkte der Ausstellung und eine Finanzaufstellung. Diese Ausstellung ist nie realisiert worden, aber es ist interessant, weil es unterstreicht, was wir immer sagen: dass die Ausstellung des Erinnerungsorts Ihnestraße nicht der erste Punkt in der Auseinandersetzung ist und sicher auch nicht der letzte.

Die Initiative kam also von Dozierenden?

Die Initiative kam in den 1980er Jahren von Forscher*innen, die zum Teil mit dem OSI verbunden waren. Dann gab es in den 2000er Jahren von studentischer Seite mindestens zwei Initiativen, auf diese Geschichte hinzuweisen. Einerseits hat sich aus einem Seminar von Bilgin Ayata heraus eine Gruppe gebildet, die eine Sonderausstellung erarbeitet hat, die auch im Foyer der Ihnestraße 21 gezeigt wurde. Die hat sich vor allem mit den kolonialen Bezügen des KWI-A auseinandergesetzt; auch eine begleitende Website wurde erstellt, Manufacturing Race, die es immer noch gibt.[3] Ein wichtiger Katalysator war letztendlich, dass ab 2014 bei Bauarbeiten Knochenreste auf dem Gelände gefunden wurden.[4] Die FU ist daraufhin in der Presse stark kritisiert worden, da sie nicht verhindert hat, dass diese Knochenfunde ohne Untersuchung kremiert wurden. In diesem Kontext hat sich eine studentische Gruppe, auch aus einem Seminar heraus, bei dem damaligen FU-Präsidenten dafür stark gemacht, dass zu dem Thema etwas passieren müsste. Sie haben dann tatsächlich erfolgreich Mittel für eine Stelle erstritten und das ist die Stelle, die ich jetzt innehabe und so ist dieses Projekt in die Gänge gekommen. Es war zuerst gar kein

Die seit 1988 am Eingang des Gebäudes in der Ihnestraße 22 angebrachte Gedenktafel

© Quelle: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, Abt. VI., Rep. 1, KWI Anthrop I/16

Ausstellungsprojekt, sondern ein Projekt zur Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, aus dem heraus das Ziel der Ausstellung geboren wurde. In Bezug auf die generelle Frage, wann Initiativen wie diese sich erfolgreich verstetigen können, würde ich immer argumentieren, dass Institutionen selbst nur auf Druck hin reagieren, wie etwa bei der Gedenktafel auch. Das ist ja in vielen Aufarbeitungsgeschichten so. Im Falle der FU kommt noch hinzu, dass sie als Institution mit dieser Geschichte nur mittelbar verbunden ist.

Hierzu habe ich mich auch gefragt, welche Rolle der Umstand spielt, dass die FU nicht die Nachfolgeorganisation des KWI-A ist. Sie nutzt das Gebäude, aber es gibt da einen institutionellen Bruch mit der Gründung der FU 1948. Daran anschließend meine Frage: Ist das wirklich so eine Zäsur oder gibt es da auch Kontinuitäten von Mitarbeitenden?

Eine wichtige Frage, die leider in der Ausstellung etwas kurz kommt. Uns wurde selbst erst relativ spät richtig klar, dass man das zu einem größeren Thema hätte machen können. Die FU ist natürlich keine Nachfolgeinstitution des KWI-A. Die Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist die Max-Planck-Gesellschaft. Und ich würde sagen, lange Zeit haben sich viele FU-Akteur*innen auch darauf ausgeruht zu sagen, das ist eigentlich nicht unsere Geschichte. Aber es ist nicht ganz so einfach, weil es tatsächlich personelle Kontinuitäten gab und es durchaus wert ist, sich auch aus der Perspektive der FU-Angehörigen mit diesen Bezügen auseinanderzusetzen. Das eine ist natürlich, dass die FU dieses Gebäude und das Gelände geerbt hat und deswegen in der Verantwortung ist, wenn dort zum Beispiel Knochenfunde erfolgen.

Das andere ist, dass es tatsächlich zwei Fälle klarer personeller Kontinuität in die FU gibt. Der eine ist Hans Nachtsheim, der die Abteilung für Erbpathologie am KWI-A geleitet hat. Er hat dort an der Frage gearbeitet, wie Krankheiten vererbt werden und hauptsächlich an Tieren geforscht, die hier in Tierställen gehalten wurden. Relativ spät bekannt geworden ist, dass er auch an Menschen geforscht und sogar an Kindern

experimentiert hat. Die Kinder waren in der »Euthanasie«-Anstalt Brandenburg-Görden interniert und er hat sie in seinen Experimenten großen Gefahren ausgesetzt. Unter anderem hat er mit ihnen Unterdruckexperimente gemacht, sie also Unterdruck ausgesetzt, um zu prüfen, ob dies epileptische Anfälle auslöst. Er hat sie Angst ausgesetzt und körperlichen Schmerzen. Er hat also die Forschungskontexte des NS für seine Zwecke genutzt. Hans Nachtsheim war nach dem Krieg erst an der HU, aber weil er nichts mit dem Sozialismus anfangen konnte, wechselte er wenig später an die West-Berliner FU und baute hier das Institut für Genetik auf. Zu der Zeit kam in der BRD nochmal eine Debatte über eugenische Sterilisationen auf und Hans Nachtheim gehört zu denjenigen, die sich dafür aussprachen, solche Maßnahmen wieder einzuführen. Das heißt, es gab schon sehr deutliche Kontinuitäten im Personal, aber auch im Denken und in den Ideen, die in die FU reingetragen wurden. Die andere Person ist Hermann Muckermann, der die Abteilung für Eugenik am KWI-A geleitet hat. Er ist eine interessante Figur, weil er der Einzige war, der 1933 gehen musste. Er war zwar Eugeniker, aber auch Jesuit und geweihter katholischer Priester und hatte am Institut auch die Rolle, eugenische Ideen in katholische Kreise zu tragen. Die katholische Kirche gehörte zu den wenigen Institutionen, die der Eugenik und der Idee von Sterilisation kritisch gegenüberstand. Genau deswegen hatte er eine wichtige Rolle, musste aber 1933 gehen, weil die Nationalsozialisten Zweifel an seiner Verlässlichkeit hatten. Er überlebte den NS unbeschadet und wurde nach dem Krieg ordentlicher Professor an der TU, hatte gleichzeitig eine Honorarprofessur an der FU und baute in der früheren Direktorenvilla hier auf dem Gelände ein neues »Institut für angewandte Anthropologie« auf. Er selbst verstand es als die direkte Nachfolge des KWI-A. Das tat allerdings nur er so, denn es war weder die direkte Nachfolge noch hatte es eine vergleichbare Bedeutung. Muckermann lehrte auch an der FU und betreute hier Doktorarbeiten, von denen viele eugenische Gedanken verfolgten, die auch am KWI-A eine Rolle gespielt haben. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass dieser Bruch nicht ganz so klar ist. Die Struktur des Instituts gab es nach 1945 nicht mehr, aber es gab vor Ort diese beiden personellen Kontinuitäten. Und es gab in viele andere Universitäten Kontinuitäten, weil alle Abteilungsleiter später Professuren innehatten. Hans Nachtsheim baute hier in der Straße das auf, was heute das Max-Planck-Institut für Molekularbiologie ist. Die ehemaligen KWI-A Wissenschaftler*innen waren nach 1945 weiterhin einflussreich und wurden in der Humangenetik als »Dahlemer Kreis« bezeichnet.

Hat dieser institutionelle Bruch auch dazu beigetragen, dass es erst relativ spät eine Auseinandersetzung mit dieser Geschichte gab? Als die kritische Auseinandersetzung in den 1960er Jahren stärker wurde und viele nach der NS-Geschichte ihrer Institutionen fragten, war die FU mit dem Gründungsjahr 1948 ja scheinbar fein raus.

Ich kenne leider die Geschichte der Studierendenbewegung an der FU nicht gut. Es wäre tatsächlich interessant zu gucken, inwiefern hier auch eigene institutionelle Strukturen beleuchtet wurden. Die FU jedenfalls erinnert sich gerne als eine, die auch aus einer Kritik am NS herausgebildet wurde. Aber Historiker*innen, die sich die Geschichte der FU-Gründung genauer angeschaut haben, stellten fest, dass der Anteil an ehemaligen Nazis im FU-Professorium nicht geringer war als an anderen westdeutschen Unis. Die FU ist in der Hinsicht überhaupt keine Ausnahme.

Jetzt ein Sprung zu der Ausstellung. Wie bist du selbst dazu gekommen und wer war noch beteiligt? Du hast gemeint, die Knochenfunde 2014 waren eine Art Initialereignis, das dazu führte, dass eine Stelle ausgeschrieben wurde.

Die Studierendengruppe ist 2017 an das Präsidium herangetreten, als das Thema der Knochenfunde noch präsent war. Die Stelle ist 2018 eingerichtet worden und ich habe am 1. Januar 2019 hier angefangen. Es war eigentlich eine einsame Postdoc-WiMi-Stelle, die ich mir aber sehr bald mit meinem Kollegen Volker Strähle geteilt habe. Es war mir wichtig, nicht alleine über dieses Thema nachzudenken. Volker hatte selbst am OSI studiert, hatte sich mit der Geschichte des KWI-A befasst und war mit NS-Geschichte und dem Kontext der Gedenkstättenarbeit vertraut. Ich selbst habe zu Medizin-, Biologie- und Kolonialismusgeschichte geforscht. Wir haben uns die Stelle geteilt, für die es keine genaue Stellenbeschreibung oder Aufgabenstellung gab. Die Stelle hieß offiziell eher vage »Auseinandersetzung mit der Geschichte der Ihnestraße 22 (ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik)«.

Das heißt, die Ausstellung war noch nicht das klare Ziel?

Nein, gar nicht. Es war eine Stelle, die geschaffen wurde, um anzuregen, dass etwas zu diesem Thema passiert. Wir haben erst mal eruiert, was es bereits gibt und wer zu dem Thema Forschung betrieben hat. Wir haben uns mit Personen zusammengesetzt, die schon länger zu dieser Geschichte forschen und mit Personen, die Opfergruppen repräsentieren, die sich mit der Geschichte des KWI-A verbinden, und eine Bedarfsermittlung gemacht. Dabei wurde deutlich, dass ein großer Wunsch besteht, den Ort stärker zu markieren und ein Informationsangebot zur Verfügung zu stellen. So ist die Idee der Ausstellung entstanden. Dann mussten wir zunächst Mittel für die Produktion akquirieren und das Team erweitern. Wir wurden von zwei Beiräten begleitet, einem wissenschaftlichen Beirat, der auch wirklich intensiv inhaltlich gearbeitet und nicht einfach nur abgenickt hat. Alle Mitglieder hatten einen Bezug oder eine Expertise, die sich mit der Geschichte des Ortes oder mit bestimmten Verfolgungsgeschichten verbinden. Und wir hatten einen Beirat aus Selbstorganisationen von Personen, die für Opfergruppen einstanden. Diesen beiden Gremien haben wir regelmäßig unsere Arbeit vorgestellt und zentrale Fragen mit ihnen besprochen.

Eine der Ausstellungsstationen im Flur der Ihnestraße.

—

Ausschnitt einer Ausstellungsstation über die Rolle des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie. Menschliche Erblehre und Eugenik als Fortbildungsstätte für Ärzte.

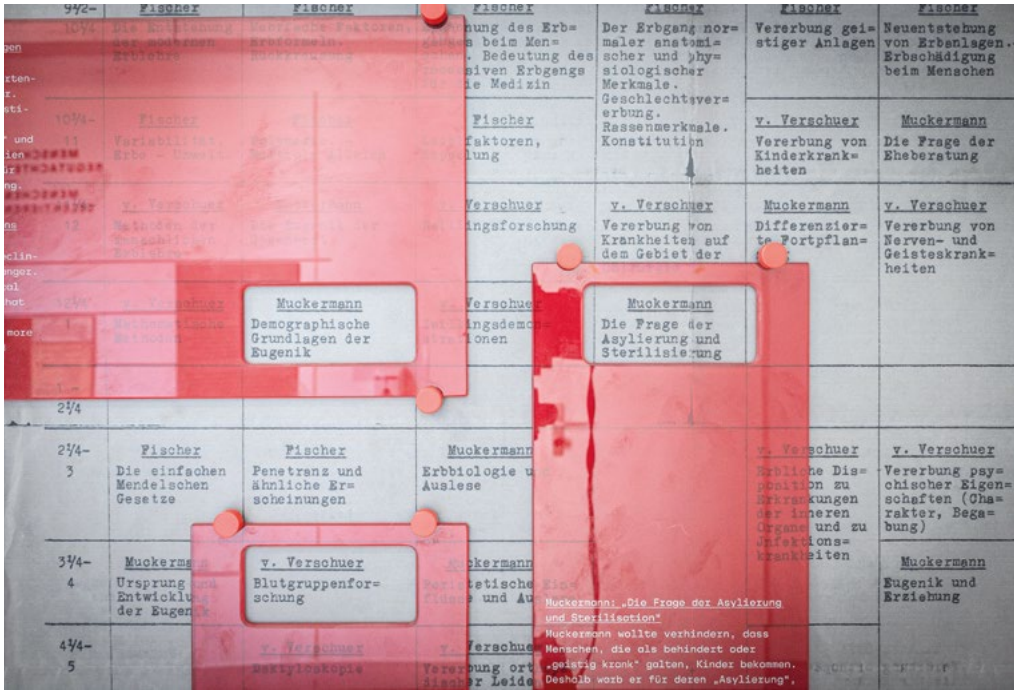
—

© Bernd Wannenmacher; Ausstellungsgestaltung: thomas doetsch architekt und vizibil.

Diese ganz verschiedenen Gewaltgeschichten zusammenzubringen, ist ja etwas Spezielles an diesem Erinnerungsort. Hattet ihr Konzepte oder auch konkrete Projekte, die euch da als Vorbild oder Inspiration dienten? Wie fängt man so etwas an?

Die erste Herausforderung hier war ja, eine Ausstellung in einen Raum zu integrieren, der sich in Nutzung befindet. Es ist ja kein Gebäude, das in die alleinige Nutzung als Erinnerungsort oder Gedenkstätte überführt wurde. Und ich finde das auch wichtig, denn es gibt so viele Orte in diesem Land, die heute alltäglich genutzt werden und zugleich eine frühere sensible Geschichte haben. Wir können sie gar nicht alle in Gedenkstätten überführen. Gleichzeitig kann mit Markierungen, die eine*n im Alltag über diese Geschichten stolpern lassen, deutlich gemacht werden, wie allgegenwärtig Unrecht in diesem Land war. Die Herausforderung war: Wie können wir eine Ausstellung in einen alltäglich genutzten Raum integrieren?

VERNICHTUNG
NUTZEN
—
VERNICHTUNG
VERTUSCHEN
SCIENCE
AND
MASS MURDER


Muckermann
Demographische Grundlagen der Eugenik
Muckermann
Die Frage der Asylierung und Sterilisierung
v. Verschuer
Blutgruppenforschung
Muckermann: „Die Frage der Asylierung und Sterilisation"
Muckermann wollte verhindern, dass Menschen, die als behindert oder „geistig krank" galten, Kinder bekommen. Deshalb warb er für deren „Asylierung".

Es gibt einige vergleichbare Orte wie den Gedenkort Charité im Psychiatrie-Gebäude der Charité oder die Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden.5 Sie erinnert an ein ehemaliges Landgericht und Gefängnis mit Hinrichtungsstätte, an einem Ort, der heute auch von der TU Dresden genutzt wird. Wir haben uns aber tatsächlich weniger an Vorbildern orientiert und stark vom konkreten Ort her gedacht und ausgehend von dem, was wir über die frühere Nutzung der Räume wissen.

War von vornherein klar, die Ausstellung über die Flure des ganzen Gebäudes zu verteilen? Alternativ hätte man ja auch in ein, zwei Räumen eine Gedenkstätte einrichten können.

Uns wurde von Anfang an gesagt, dass es keinen eigenen Raum geben wird. An der Uni wird ja klassischerweise über Raummangel geklagt, aber ich fand das eigentlich nie ein Problem. Mir schien es eine große Chance zu sein, die Ausstellung in den genutzten Raum zu integrieren, weil Leute dann auch zufällig darüber stolpern und angeregt werden, sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen. Eine Ausstellung in einem separaten Raum schauen sich nur Personen an, die gezielt kommen. Es gab aber auch andere Ideen. Wir hatten zunächst überlegt, es viel minimalistischer anzugehen. Wir wussten von alten Grundrissen, wie die Räume genutzt wurden. Eine Idee war deshalb, die Räume im Gebäude mit alternativen Türschildern zu markieren, also die aktuellen Türschilder durch Informationen zu ergänzen, die darauf hinweisen, wie die Räume früher genutzt wurden, mit einem QR-Code oder ähnlichem, wo man sich dann online vertiefter dazu informieren kann. Aus verschiedenen Gründen sind wir davon abgekommen. Es wäre minimalistischer gewesen, aber auch komplizierter im Zugang. Man wäre weniger darauf gestoßen als jetzt, wo die Ausstellung offensichtlich im Raum ist. Außerdem glaube ich, dieses Interesse für die frühere Raumnutzung ist vielleicht eher etwas, was man als Historikerin spannend findet, was aber für viele andere gar nicht so attraktiv ist.

Nochmal zurück zu den verschiedenen Opfergruppen und Gewaltgeschichten aus Kolonial- und NS-Kontexten. Das wirkt jetzt von außen alles sehr harmonisch, respektvoll und gleichberechtigt. Da ist es vielleicht eine blöde Frage, aber: War das immer so oder gab es auch Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen?

Nein, tatsächlich gab es im Beirat keine Konflikte darüber. Wir haben immer sehr transparent gemacht, woran wir arbeiten und beiden Beiräten, sowohl dem wissenschaftlichen als auch dem Selbstorganisationen-Beirat, das Ausstellungsdrehbuch und sämtliche Ausstellungstexte zur Verfügung gestellt. Sie hatten also detaillierte Informationen darüber, wie wir was erzählen und es haben einige Beiratsmitglieder tatsächlich akribisch kommentiert. Es gab durchaus erwartbare aber wichtige Diskussionen, zum Beispiel darüber wie bestimmte Begriffe genutzt werden. Ein anderes Beispiel war die Frage der Anonymisierung von Opfern oder wie und welches Material gezeigt werden sollte und welches nicht. Darüber wurde viel gesprochen, aber ich habe zu keinem Zeitpunkt ein Unwohlsein darüber gespürt, dass eine bestimmte Gruppe weniger abgebildet sei oder unterschiedliche Geschichten zusammen verhandelt werden. Diese Debatten werden ja vor allem im Feuilleton und in der größeren Öffentlichkeit hitzig geführt. Wenn man aber von der Geschichte des Ortes aus denkt, kann man es gar nicht anders erzählen. Es ergibt sich wirklich zwingend aus dem historischen Gegenstand. Wir erzählen hier etwa von Personen, die Opfer einer eugenischen Zwangssterilisierungspolitik wurden und die als Jüdinnen und Juden verfolgt wurden aufgrund der Nürnberger Rassegesetze. Das Institut hat dafür Gutachten geliefert. Und wir erzählen von einem kolonialen Mord, der mit der Sammlung des Instituts zusammenhängt. Es ist ja alles auf die Geschichte des Instituts bezogen und nicht so, dass wir uns hingesetzt und überlegt hätten, wir wollen jetzt ein Opfer dieser oder jener Identität. Menschen, die wir unterschiedlichen Opfergruppen zurech-

nen, kommen hier einfach zusammen. Vielleicht ist das ist der Grund, dass das niemandem aufstößt, denn es ist sehr klar, dass sich das aus dem historischen Gegenstand heraus ergibt. Gleichzeitig differenzieren wir auch. So verbindet sich die Geschichte von Uikabis und Nabnas, die in Namibia ermordet wurden und deren Überreste in die Sammlung des KWI-A übergingen,[6] mit einem anderen politischen Kontext als zum Beispiel die Geschichte von Heinz Alexander. Von ihm erzählen wir, da er im Zuge der Nürnberger Rassegesetze aufgrund eines Gutachtens des späteren Institutsdirektors Otmar von Verschuer als Jude definiert und verfolgt wurde, woraufhin er fliehen musste.[7] Das sind unterschiedliche Kontexte und Verfolgungslogiken, aber das wird auch deutlich.

Ein anderes Spannungsfeld ist das zwischen Geschichtsinitiativen als Teil sozialer Bewegungen und akademischen Institutionen. Ich habe mich gefragt, wie du das als Person, die in beiden Bereichen zu Hause ist, so erlebt hast, auch in Bezug auf die doppelte Beiratsstruktur.[8] Bei dem wissenschaftlichen Beirat gehe ich davon aus, dass das Leute sind, die in akademischen Institutionen arbeiten. Der Selbstorganisationen-Beirat kommt eher aus politischen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. Gab es da unterschiedliche Interessen, Ansprüche oder Herangehensweisen?

Ich sehe nicht, dass es einen konfligierenden Anspruch zwischen einem wissenschaftlichen und einem politischen Interesse gab. Es ist ja klar, dass mit einer solchen Ausstellung ein erinnerungspolitisches Interesse verbunden ist. Einerseits ist es eine wissenschaftlich-historische Ausstellung, andererseits ist eine Ausstellung auch immer ein Format, das an die Öffentlichkeit will und einen bestimmten Punkt machen möchte. Es ist ein Format, das aufrütteln möchte und damit einen erinnerungspolitischen Aspekt hat. Ich bin grundsätzlich keine Freundin dieser Trennung, und letztendlich macht diese Ausstellung ja auch den Punkt, dass Wissenschaft und Politik nicht voneinander zu trennen sind – nicht nur in Unrechtskontexten, sondern grundsätzlich. Ich fand deshalb die Trennung in zwei Beiräte eigentlich konzeptionell schwierig und nicht zu unserem Verständnis passend. Diese Akteursgruppen sind nämlich gar nicht so weit voneinander entfernt. Es hatte praktische Gründe, dass wir so vorgegangen sind. Es gibt bestimmte Fragen, die wir eher im Selbstorganisationen-Beirat besprochen haben und wo es auch Sinn gemacht hat, diese nicht noch mit Personen zu besprechen, die ausschließlich einen wissenschaftlichen Hut aufhaben, weil wir so auch ein Stück weit einen geschützteren Raum herstellen konnten. Die Geschichte des KWI-A betrifft die Menschen, die im Selbstorganisationen-Beirat vertreten waren, ja auf eine andere Art und Weise, als Personen, die hauptsächlich einen wissenschaftlichen Zugang zu dieser Geschichte haben. Es hatte von daher schon seine Berechtigung, aber es ist trotzdem eine künstliche Trennung.

Wenn wir uns die Zusammensetzung der Beiräte anschauen, ist es zudem so, dass auch Personen im wissenschaftlichen Beirat saßen, die ihre Forschung auch als politisch verstehen. Uns ist es bisher nicht begegnet, dass jemand gesagt hätte, diese Ausstellung sei unwissenschaftlich oder zu aktivistisch. Was ich eher bedauere, ist, dass wir es nicht geschafft haben, im Ausstellungsnarrativ die Auswirkungen bis heute stärker zu thematisieren. Dieser Anspruch war vor allem aus der Zusammenarbeit mit den Selbstorganisationen hervorgegangen. Wir erzählen diese Geschichte ja nicht, weil sie Geschichte ist, sondern weil eugenische Ideen und Rassismus ja auch heute eine Relevanz haben. Unser Anspruch war auch eine stärkere Verbindung zum Heute schaffen. Wir ziehen diese Verbindung für die 1950er und 1960er Jahre im Kontext von Täterbiografien, aber wir wollten eigentlich zeitlich weitergehen, gerade in Bezug auf eugenische Ideen. Das haben wir nicht geschafft. Deshalb ist diese Ausstellung sehr historisch ausgerichtet und bietet darum wahrscheinlich wenig Angriffsfläche. Ich finde das ja eigentlich schade.

Konnte die FU als Institution bei den Inhalten mitreden? Mussten Texte abgesegnet werden?

Nein, die FU-Leitung hat uns sehr unterstützt. Das muss man wirklich sagen. Wir haben der FU- und auch der OSI-Leitung von uns aus die Ausstellungstexte zur Verfügung gestellt, ohne dass jemand gefragt hätte. Es ist ja schließlich eine FU-Ausstellung. Wir haben auch den anderen Förderinstitutionen vorab die Ausstellungstexte zur Verfügung gestellt. Es war uns gerade im Kontext aktueller Debatten wichtig, schon auch um uns absichern und damit nicht im Nachhinein jemand behaupten kann, er*sie hätte diese Texte nicht gesehen und sei nicht einverstanden mit dem Narrativ. Ich weiß, dass sie im Präsidium gelesen wurden, aber es gab keine inhaltlichen Eingriffe. Da wurde uns tatsächlich vertraut. Ist ja auch mal gut, dies festzuhalten.

Was in Begegnungen wie Rundgängen am ehesten Diskussionen auslöst, ist, dass wir in der Ausstellung den Punkt stark machen, dass Wissenschaft nicht grundsätzlich davor gefeit ist, von Unrecht zu profitieren und an Unrecht zu partizipieren. Und dass eben wie Hans-Walter Schmuhl das in einem Zitat in der Ausstellung formuliert, Wissenschaft aus sich heraus keine ethischen Grenzen kennt, sondern dass die Gesellschaft diese Grenzen setzen und aushandeln muss.[9] Das ist tatsächlich etwas, das immer wieder aufstößt. Wir haben uns sehr bewusst dafür entschieden, diese These stark zu machen, und in der Wissenschaftsgeschichte gibt es darüber auch einen weitgehenden Konsens. Die Geschichte der Wissenschaften im Nationalsozialismus bildet hier das Paradebeispiel, das zeigt: Hier erfolgte kein »Missbrauch« der Wissenschaft, sondern Wissenschaftler*innen haben freiwillig partizipiert. Wissenschaft, so unser Argument und das vieler Wissenschaftshistoriker*innen, nutzt die Bedingungen, die ihr zur Verfügung stehen: wenn dies enge ethische Grenzen sind, muss sie sich an diese halten; wenn, wie im Falle des NS, die Bedingungen radikale Entmenschlichung ermöglichen, dann nutzt Wissenschaft auch diesen Rahmen. Das ist etwas, was tatsächlich häufig aufstößt und

ich denke, das beruht auf der Vorstellung, dass eine methodisch sauber geführte Wissenschaft auch eine ethisch gute Wissenschaft sei. Es ist interessant, wie wirkungsvoll die Idee ist, dass Wissenschaft aus sich heraus ethische Grenzen hat, eine Idee, die Wissenschaft gewissermaßen aus dem Gesellschaftskontext herauslöst.

Es gibt die Ausstellung ja noch nicht lange, aber gibt es schon Einblicke, was die Ideen oder Themen sind, mit denen Besucher*innen herkommen? Was treibt Leute an, die Ausstellung zu besuchen? Was sind die Themen, die sie erwarten?

Leider wissen wir es nicht genau, denn die meisten Besucher*innen kommen ja einzeln. Wenn ich Rundgänge gemacht habe, waren die meistens für Mitarbeitende, die eine grobe Idee von der Geschichte hatten. Häufig wird gesagt, das KWI-A war ein Rasseforschungsinstitut und das stimmt insofern, als dass es hier Forschung zu sogenannten Rassenkreuzungen gab oder zur Entwicklung von Tests, die es ermöglichen sollten, die vermeintliche Rasse einer Person nachzuweisen. Am KWI-A wurde aber auch zu ganz anderen Dingen geforscht, etwa ganz allgemein zu Fragen von Vererbung, die nichts mit der Idee von Rasse zu tun hatten. Es wurde auch zu Vererbung geforscht, um biopolitische Eingriffe zu legitimieren und vermeintliche Erbkrankheiten zu verringern. Obwohl im Institutstitel der Begriff Eugenik vorkommt, wissen eher Wenige, dass das Institut an der Ausformung einer eugenischen Bevölkerungspolitik beteiligt war, die nicht immer unmittelbar an die Idee von Rasse anknüpfte. Viele sind erschüttert, wenn sie hören, dass 400.000 Menschen zwangssterilisiert wurden. Viele wissen hingegen, dass es eine enge Verbindung zwischen diesem Institut und dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau gab. Aber es gab auch Verbindungen nach Sachsenhausen und zu anderen Lagern und sehr viele zu Anstalten für Krankenmorde, worüber es weniger Wissen gibt. Interessanterweise wird zudem vor allem die Figur Josef Mengele stark erinnert, obwohl Mengele nie Mitglied des Instituts war. Er hatte beim zweiten Institutsdirektor Otmar von Verschuer promoviert und ließ als sogenannter Lagerarzt in Auschwitz Blutproben und präparierte Körperteile von Internierten bzw. Ermordeten an das KWI-A schicken, es war also eine wichtige und folgenreiche Verbindung. Das Institut hatte aber wie gesagt Verbindungen zu Mordstätten des NS. Daneben gibt es Besucher*innen und Gruppen, die sich speziell für die erinnerungspolitischen Debatten der letzten Jahre interessieren und den Ort als einen anschauen wollen, der unterschiedliche Unrechtsgeschichten erzählt. Und es gibt wiederum Personen, die erwarten, dass sie hier einen »postkolonialen Ort« finden, einen Ort, an dem Kolonialgeschichte thematisiert wird. Selbstverständlich erzählen wir vom wichtigen Einfluss der kolonialen Anthropologie auf die Forschung des KWI-A, aber auch das ist nur ein Strang eines komplexeren Narrativs. Es gibt also viele verschiedene Erwartungen, von denen ich hoffe, dass sie vor Ort etwas verkompliziert werden.

Einige Mitglieder des »Selbstorganisationen-Beirats« im Gespräch mit Shelly Kupferberg bei der Eröffnung des Erinnerungsorts Ihnestraße im Oktober 2024, von links nach rechts: Prof. Dr. Doron Kiesel (Zentralrat der Juden in Deutschland), Israel Kaunatjike (Herero-Vetreter in Deutschland), Petra Rosenberg (Landesverband deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg) und Margret Hamm (AG Bund der » Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten)

© Michael Fahrig

Prof. Dr. Doron Kiesel, Israel Kaunatjike und Petra Rosenberg legen bei der Eröffnung des Erinnerungsorts Ihnestraße gemeinsam einen Kranz zum Gedenken an die Opfer ab. Im Hintergrund Prof. Günter M. Ziegler, Präsident der Freien Universität Berlin

© Michael Fahrig

Wie ist denn die Resonanz bisher? Kriegt ihr mit, wenn Leute hier im Alltag durch die Ausstellung gehen? Oder ist das eher bei den Rundgängen?

Es gibt beides. Es gibt Seminargruppen, die anfragen und es gibt auch Gruppen, die selbstorganisiert ohne Rundgang kommen. Wir können vor allem die Einzelbesucher*innen nicht wirklich erfassen. Ich frage Besucher*innen auch mal, was sie herführt. Manche wohnen in Dahlem und kommen hier zufällig vorbei, weil sie die Ausstellungstafel draußen gesehen haben. Aber zum größten Teil sind es schon eher Seminargruppen oder Gruppen, die extra zur Ausstellung kommen. Ich habe auch Rundgänge mit Kolleg*innen von der FU gemacht, zum Beispiel mit dem Biologieinstitut oder den Historiker*innen.

Im Einführungstext schreibt ihr, mit dieser Ausstellung ist die Auseinandersetzung nicht abgeschlossen, sondern sie geht weiter. Und das wäre jetzt die letzte Frage: Wie geht es weiter?

Es gibt zunächst ein Rundgang-Angebot mit externen Guides in Kooperation mit der Max-Planck-Gesellschaft.[10] Das ist toll, weil wir das gerade aus unseren dünnen Kapazitäten heraus nicht stemmen können. Daneben sitzen wir gerade daran, ein eigenes Rundgang-Angebot aufzubauen. Wir sind in einem super netten, spannenden Austausch mit anderen Bildungsinstitutionen in Berlin, um dann vielleicht ein Seminar anzubieten, aus dem heraus man mit Studierenden Rundgänge gestalten und Guides gewinnen kann, die im Peer-to-Peer-Verfahren andere anlernen. Ich erlebe auch in den Seminaren, dass Studierende sich wirklich für dieses Thema interessieren und motiviert sind, etwas dazu zu machen. Die Ausstellung soll ja nicht einfach so dastehen, sondern genutzt werden und das wäre eine aktive Nutzung, wenn Studierende einen eigenen Rundgang mit eigenen Schwerpunkten entwickeln würden. Daneben gibt es ganz praktische Dinge, wie die bessere Vernetzung mit anderen Orten, die zu Wissen-

schaft und Unrecht arbeiten. Gerade in Berlin gibt es ja einige und auch bundesweit sind wir dabei. Darüber hinaus forscht man bei Ausstellungen ja immer Themen an, aber man forscht sie nicht aus. Da gibt es einfach sehr viele lose Enden, an denen wir viel gesammelt haben und bei denen es Wert wäre, nochmal weiter zu forschen. Ein Beispiel ist die Geschichte der Zwangssterilisationen von asiatisch-deutschen und afrodeutschen Kindern. Da haben wir über 100 Opfernamen gesammelt, die in der Forschung nicht bekannt sind. Wir erzählen auf der Website und in der Ausstellung zusammengenommen vielleicht drei dieser Geschichten. Da wäre es schön, dafür nochmal Mittel zu akquirieren, um jemanden zu finden, der*die vielleicht Lust hätte an dem Thema tiefer zu arbeiten. Das ist nur ein Thema unter vielen. Die Verbindung zwischen dem KWI-A und der FU ist ein anderes Thema.

Macht ihr noch weitere Veranstaltungen dazu? Die Ausstellung steht ja jetzt erst mal so, wie sie ist. Es ist ja eine Dauerausstellung.

Es gibt auch noch die sehr umfangreiche Internetseite, da könnten wir noch tiefer gehende Informationsangebote oder Publikationen veröffentlichen. Aber die Idee ist natürlich, dass die Ausstellung als Ort belebt wird. Dazu könnte auch gehören, öffentliche Veranstaltungen zu machen. Die Verzahnung mit der Lehre wird noch wichtiger werden. Es ist auch denkbar, aus einem Seminar heraus eine Ergänzung zur Ausstellung zu entwickeln. Es gibt ja sehr viele Themen, mit denen man andocken kann und auch viele, die in der Ausstellung unterbelichtet sind. Ein Beispiel wären die internationalen Beziehungen des KWI-A zu anderen vergleichbaren Instituten. Das ist ein wichtiges Thema,

Ein Ausschnitt der Website zum Erinnerungsort Ihnestraße

Quelle: www.erinnerungsort-ihnestrasse.de

das deutlich machen kann, dass dieses Institut nicht randständig war und die Idee der Eugenik und die Einbindung der Humangenetik in eugenische Ideen keine Spezifik dieses Instituts war. Tatsächlich war es in Nordamerika und Europa seit Ende der 1920er Jahre Standard und eugenische Politiken omnipräsent. Im September 2025 haben wir mit Kolleg*innen der Universitäten Leipzig und Frankfurt/Main einen internationalen Workshop durchgeführt zu der Frage, wie Ideen, die am KWI-A geprägt wurden, in verschiedene Länder gewandert sind und auch andersrum. Da geht es zum Beispiel um internationale Gastwissenschaftler*innen, die am KWI-A waren und dann nach Indien, in die skandinavischen Länder, Japan oder China zurückgegangen sind und dort Ideen von Rasse in die lokalen Kontexte übertragen haben.

Danke für das Gespräch, die Einblicke in die spannende Ausstellung und viel Erfolg für die weitere Arbeit.

1 Zahlreiche Bilder, Ausstellungstexte und Hintergrundinformationen finden sich auch auf der Internetseite *Erinnerungsort Ihnestraße. Eine Ausstellung der Freien Universität Berlin,* www.erinnerungsort-ihnestrasse.de (letzter Zugriff 27. März 2025); Ausstellungsgestaltung: thomas doetsch architekt und vizibil.

2 Dieses Interview erschien zuerst in: *»Wissenschaft und Unrecht« Interview mit Manuela Bauche zur neuen Ausstellung der FU Berlin am Erinnerungsort Ihnestraße,* in: WerkstattGeschichte 92 (2025), S. 103–116. https://doi.org/10.14361/zwg-2025-920208 Der Abdruck, für den geringfügige redaktionelle Anpassungen vorgenommen wurden, erfolgt mit freundlicher Genehmigung.

3 Manufacturing Race. Contemporary Memories of a Building's Colonial Past, https://manufacturing-race.org (letzter Zugriff 27. März 2025).

4 Siehe hierzu: Eberhard Spohd, *Das Rätsel von Dahlem,* Jüdische Allgemeine, 2. März 2015, https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/das-raetsel-von-dahlem/ (letzter Zugriff 10. November 2025); Ulrike Baureithel, *Die unbequemen Knochen aus Dahlem,* taz, 25. Juni 2021, www.taz.de/Knochenfunde-auf-Gelaende-der-FU-Berlin/!5777779 (letzter Zugriff 30. April 2025).

5 Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, https://www.stsg.de/cms/dresden/startseite (letzter Zugriff 10. November 2025).

6 Siehe dazu das Ausstellungskapitel: Menschen entrechten – Menschen sammeln, https://erinnerungsort-ihnestrasse.de/de/ausstellung/dachgeschoss/menschen-entrechten-menschen-sammeln/ (letzter Zugriff 10. November 2025).

7 Siehe dazu das Ausstellungskapitel: »Rasse« suchen – Rassismus verbreiten, https://erinnerungsort-ihnestrasse.de/de/ausstellung/obergeschoss/rasse-suchen-rassismus-verbreiten/ (letzter Zugriff 10. November 2025).

8 Siehe hierzu Jan-Henrik Friedrichs/Katja Jana, *»Dass die Akademie Themen aufgreift und dann den Aktivismus links liegen lässt …«. Gespräch mit Manuela Bauche von Kolonialismus im Kasten? und Christian Kopp von Berlin Postkolonial,* in: WerkstattGeschichte 26 (2017) 75, S. 71–81.

9 Vernichtung nutzen, Verbrechen vertuschen, https://erinnerungsort-ihnestrasse.de/de/ausstellung/obergeschoss/vernichtung-nutzen-verbrechen-vertuschen/ (letzter Zugriff 10. November 2025).

10 Termine und Anmeldung für die Rundgänge hier: Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaft und Unrecht. Ausstellungsführung am Erinnerungsort Ihnestraße, www.mpg.de/dahlemtour-ihnestrasse.html (letzter Zugriff 27. März 2025).

Eine Ausstellungsstation über die Gleichzeitigkeit von renommierter und entgrenzter Forschung

© Bernd Wannenmacher

„Viele Wissenschaftler und Hochschullehrer haben dem NS-Regime gerade dadurch am besten gedient, dass sie in dessen Rahmen die bestmögliche Forschung und Lehre zu produzieren versuchten."
Mitchell G. Ash, Historiker
ERSTKLASSIG FORSCHEN
—
FORSCHEND AUSGRENZEN
"Many scientists and university teachers best served the Nazi regime precisely by committing themselves to producing the best possible research and teaching within the regime's ideological framework." Mitchell G. Ash, Historian

Christoph Kreutzmüller

Ein Bild?

Reflexionen über Bandbreite und Fehlstellen der fotografischen Überlieferung der NS-Deportationen

Es kann doch nicht sein, dass wir kein Foto haben! In den letzten Jahren haben wir im Rahmen des Kooperationsprojekts #LastSeen Bilder der NS-Deportationen, Fotos aus über 60 Städten, gesammelt und erschlossen – aber kein einziges Bild aus Berlin gefunden. Die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz hatte schon 2020 mit einem öffentlichen Aufruf nach Fotos der Deportationen von Jüdinnen*Juden aus Berlin gesucht. Das Medieninteresse war groß; die Zahl der gefundenen Bilder jedoch: Null. Dasselbe Ergebnis hatte ein Aufruf, mit dem wir uns als Projekt zwei Jahre später an die Berliner Öffentlichkeit gewandt haben. Nun ist sicher davon auszugehen, dass sich noch irgendwo EIN Foto der fast ZWEIHUNDERT Deportationen aus Berlin befindet. Schriftlichen Quellen und Zeug*innenaussagen belegen, dass die Deportationen in aller Öffentlichkeit stattfanden. Vom Sammellager mussten sich die Jüdinnen*Juden teils viele Kilometer durch die Stadt schleppen. Und in der fraglichen Zeit hatten wahrscheinlich mehr als 400.000 Berliner*innen einen Fotoapparat.[1] Fast ebenso sicher sind auch irgendwo noch Fotos der 23 Deportationen aus Frankfurt/Main, der Stadt mit der seinerzeit zweitgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands, überliefert. Wahrscheinlich haben wir auch deshalb noch nichts gefunden, weil wir falsch gesucht haben – bzw. die Suchenden auf eine falsche Fährte geschickt haben. Denn: was wir suchen, sieht auf den ersten Blick oft nicht so aus wie erwartet. Vor diesem Hintergrund möchte dieser Beitrag skizzieren, wie die Bilder der NS-Deportationen aussehen (könnten).

Die gängige Vorstellung der Deportationen ist stark von den ikonischen Fotos der Ankunft der Deportationszüge aus Ungarn in Auschwitz-Birkenau geprägt, die zwei Fotografen des Erkennungsdienstes als Leistungsnachweis für den langjährigen Kommandant des Lagerkomplexes Auschwitz und »Beauftragen für die Umsiedlung der Juden aus Ungarn« Rudolf Höss geschossen haben.[2] Daneben ist auch der Film sehr wirkungsmächtig, den der jüdische Kameramann Walter Breslauer im Auftrag des Kommandanten von der Abfahrt eines Zuges

Foto Theodor Harder,
Eisenach 9.5.1942

© Stadtarchiv Eisenach, 41.3-J-492

aus dem Sammellager Westerbork drehte.[3] Die vielfache Verwendung dieser historischen Aufnahmen aus Auschwitz und Westerbork – in Büchern, Filmen und Ausstellungen – haben bestimmte visuelle Assoziationen tief verankert: Vor unserem geistigen Auge sehen wir sterntragende (erschöpfte) Menschen, die unter der gewalttätigen Bewachung bewaffneter SS in überfüllte Güterwaggons ein- oder aussteigen müssen.

Zeitliche Verkürzungen

Dieser Vorstellung der Deportationen wohnt eine zeitliche Verkürzung inne. Die beiden prägenden visuellen Referenzquellen stammen aus dem Sommer 1944, der Spätphase der Deportationen. Die Deportationen hatten aber bekanntlich im Deutschen Reich bereits im Oktober 1938 mit der »Polenaktion« begonnen und dort ihre mörderische Hochphase zwischen Oktober 1941 und März 1943 gehabt.

Der Prozess begann zudem früher als die Fotos nahelegen. Denn jeder Deportation gingen Planungen und Vorbereitungen voraus: Sei es in Fahrplankonferenzen des Reichsicherheitshauptamtes; in Ablauf- und Einsatzbesprechungen vor Ort; in Schreibstuben der Finanz- und Landratsämter, der Gestapo- oder Kripoleitstellen und lokalen Polizeiwachen; und natürlich bei den Betroffenen zu Haus, als sie Vermögenserklärungen ausfüllten, (Abschieds-)briefe schrieben, ihre Dinge packten und dann ihr Zuhause oder die ihnen zugewiesenen Zwangsräume verließen und zu dem Deportationssammellager oder Bahnhof gin-

gen oder gebracht wurden. Dass ihre Wohnungen danach sehr rasch ausgeplündert wurden, konnten sie nicht mehr sehen, war aber ebenfalls Teil des Prozesses.

Uns sind keine Bilder der planerischen Vorbereitungen der Deportationen bekannt. Das liegt auch daran, dass bürokratische Abläufe Routine sind und deshalb selten fotografiert werden. Das Tagtägliche wird seltener festgehalten als das Außergewöhnliche. Wenn bürokratische Vorgänge abgelichtet wurden, dann in der Regel die Registrierung der Deportierten. Eins dieser Bilder stammt von Kriminaloberassistent Hermann Otto, der die Deportationen im Zuständigkeitsbereich der Gestapo Würzburg ausführlich fotografisch dokumentierte. Hinter der Jüdin, die offenbar gerade ein Formular ausgehändigt bekommen hat, ist verdeckt und verschwommen zudem – an der Uniformmütze – Michael Völkl zu erkennen, der die Deportation vor Ort für die Gestapo koordinierte.[4] Die Unschärfe des Fotos verweist ganz generell auf eine technische Schwierigkeit des Fotografierens bürokratischer Abläufe: Da diese in der Regel in geschlossenen Räumen (mit ungenügender Ausleuchtung) stattfanden, war es schwierig, sie auf den seinerzeit handelsüblichen, wenig lichtstarken Filmen in Szene zu setzen.[5]

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die oben skizzierte visuelle Fehlstelle natürlich Auswirkungen auf die Präsentationen in Ausstellungen hat. Allerdings fehlen nicht nur Bilder. Die überlieferten Fotos von Männern und Frauen vor oder hinter einer Aktenablage, an runden oder eckigen Tischen, mit oder ohne Stift, Stempel, Schreibmaschine und Telefon sind prima vista keine aufregenden Fotomotive. Diese Fotos erlauben allenfalls Aufschlüsse

Foto Hermann Otto, Kitzingen März 1942

© Staatsarchiv Würzburg, Gestapo 18880a, Foto 79

Unbekannte*r Fotograf*in, Kulmbach 23.4.1942

© Yad Vashem Archives, 103FO8

über Verantwortungsbereiche und Netzwerke, erzählen aber wenig über die am Schreibtisch oder im Sitzungssaal verhandelten oder veranlassten Maßnahmen. Die Kurator*innen all jener Gedenkstätten, die sich wie die Topographie des Terrors oder das Haus der Wannsee-Konferenz letztlich auf Orte der bürokratischen Organisation des Verfolgens und Mordens beziehen, kennen die Herausforderung der Visualisierung des Bürokratischen. Statt Bilder von Planungstreffen stellen sie Schriftverkehr, Protokolle oder Diagramme aus – oder aber Fotos der Umsetzung der veranlassten Maßnahmen.

Die Betroffenen (selbst wenn sie entgegen des Verbots noch eine Kamera besaßen) hatten wenig Zeit zu fotografieren – und kaum Gelegenheit, ihre Bilder dann auch noch zu entwickeln und sicher zu bewahren. So sind auch nur ganz vereinzelt Fotos der Vorbereitungen der Jüdinnen*Juden auf ihre Verschleppung überliefert bzw. identifiziert worden. In Kulmbach ließen sich Nathan und Selma Flöhrsheim fotografieren:

Allein die Zwangsmarkierung auf dem Jackett und das typische Gepäck (das nebenbei auch verrät, dass Nathan Flöhrsheim in der Armee gedient hatte) verweisen auf den Deportationszusammenhang. Nathan und Selma Flöhrsheim mussten zusammen mit den fünf anderen noch in Kulmbach wohnenden Jüdinnen*Juden am 24. April 1942 aus ihrer Zwangswohnung in einem ehemaligen Stall zum Güterbahnhof gehen. Dort erhielten sie vornummerierte »Anhängezettel« und bestiegen einen Zug nach Bamberg. Aus Bamberg wurde das Ehepaar mit dem Deportationszug DA 49 in die Nähe von Lublin deportiert und kurze Zeit später wahrscheinlich in Belzec ermordet.[6]

Räumliche Verkürzungen

Neben der zeitlichen Verkürzung wohnt der oben skizzierten Vorstellung der Deportationen auch eine räumliche Begrenzung inne. Visuell unterschieden sich die Deportationen aus Deutschland von jenen aus Ungarn. Und: Deportationen begannen nicht (nur) in Lagern. Oft endeten sie nicht dort – schon gar nicht »nur« in Auschwitz-Birkenau.

Im Bildatlas von #LastSeen sind zahlreiche Fotos gesammelt, welche den emotional aufwühlenden Moment des Verlassens des eigenen Zuhauses und den beschwerlichen Marsch der Deportierten zu Bahnhöfen und Sammellagern zeigen. Unter dem Titel »Exmittierung der Juden« hat der von der Stadt Eisenach beauftragte Fotograf Theodor Harder einen solchen Marsch am 9. Mai 1942 von einem Zwangshaus in der Goethestraße 48 zum Bahnsteig 3 des Hauptbahnhofs in 22 Fotos für die Chronik der Stadt festgehalten. Eins seiner Bilder verweist auf eine weitere Fehlstelle:

Harder inszenierte die Deportation quasi als zivilen Akt und fokussierte kaum auf Polizisten oder Bewacher. Kurz vor 11.00 Uhr (der Zug fuhr fahrplanmäßig um 11.06 Uhr) fotografierte er die Menschen vor dem Haupteingang des Hauptbahnhofs von der rechten Seite, sodass die auf der linken Seite angebrachten Zwangsmarkierungen nicht zu sehen sind. Einzig das schwere Gepäck und die winterliche Kleidung an einem eher warmen Maitag lässt uns die verfolgten von den nicht-verfolgten Eisenacher*innen unterscheiden. Ohne die anderen Bilder der Serie und ohne den Eintrag in der Bildchronik der Wartburgstadt wäre dies Bild in der Forschung sicherlich »durchgerutscht« und nicht als Deportationsfoto eingeordnet worden. Ganz ähnlich verhält es sich bei einem Foto, das der Polizeiassistent Georg Hübner ebenfalls für eine Stadtchronik – in diesem Fall von Bielefeld – gemacht hat.[7]

Dass ein Bild eine Deportation zeigt, ergibt sich nur in der Zusammenschau der Serie – und aus der Beschriftung der Albumseite. Es handelte sich um eine Deportation nach Riga, wo alle Insassen des Transportes ermordet wurden.

Die Serie aus Bielefeld wird in vielen Ausstellungen präsentiert. Freilich bieten insbesondere Dauerausstellungen wenig Platz für Ungefähres oder gar Ungewisses. In ihrem chronologischen Zugriff haben sich die Kurator*innen im Haus der Wannsee-Konferenz für das vierte Foto (in der dritten Reihe) entschieden, welches das Gewalthafte der Situation deutlicher zeigt. In der Gedenkstätte Topographie des Terrors hingegen ist das oberste Foto der Seite verwendet worden. Auch in anderen Ausstellungen sind Fotos zu sehen, die eher der oben skizzierten, vorgeprägten Vorstellung entsprechen. Dies sind kuratorisch sehr nachvollziehbare Entscheidungen. Sie verstärken gleichwohl das festgefahrene Bild und machen die Suche nach etwaig abweichenden Deportationsbildern nicht einfacher.

Inhaltliche Engführung

Die Serie aus Bielefeld belegt zudem eine inhaltliche Engführung des oben skizzierten, geläufigen Deportationsbildes. Die Deportationen aus dem Deutschen Reich wurden bis Mitte/Ende 1942 nicht in Güterwagen, sondern regelmäßig in regulären Waggons der Dritten Klasse abgewickelt. Die im Bildatlas gesammelten Serien – Fotos aus Brandenburg, Dortmund (1938), Eisenach, Fulda, Hanau, Hattingen, Kitzingen, München, Wiesbaden und Würzburg – zeigen dies. Allerdings bricht unsere Überlieferung nach dem Sommer 1942 ab. Wir haben kaum Fotos der späteren Deportationen, insbesondere keine der besonders brutal durchgeführten sogenannten Fabrikaktion. Aus dem Jahr 1943 liegt uns bislang im Wesentlichen eine kleine Serie vor, welche die Deportation von über 200 als Sinti:zze und Rom:nja verfolgte Menschen aus Remscheid zeigt, die mit in einem Gepäckwagen der Reichspost deportiert wurden.

Unbekannte*r Fotograf*in,
Remscheid, 3.3.1943

© Stadtarchiv Remscheid 52B/7

536

Ankunft und Abfahrt des Transportzuges, der die Juden nach Riga bringt. Bielefeld, 13.12.41

Foto Georg Hübner,
Bielefeld, 13.12.1941

© Stadtarchiv Bielefeld Bestand
300/11/1941-2/24

Stadtarchiv Bielefeld
Bestand 300,11/
Kriegschronik der Stadt
Bielefeld, Bd. 4:
Kriegschronik 1941, 410

Eine weitere inhaltliche Engführung liegt in der Erwartung, immer die Zwangskennzeichen zu sehen. Denn Sintizz*e und Romni*ja waren bekanntlich gar nicht gekennzeichnet. Settela Steinbach, das Mädchen aus dem oben genannten Film aus Westerbork, das aus der halb geschlossenen Waggontür direkt in die Kamera schaut, trägt als Sintiza kein Zwangskennzeichen. Selbst Jüdinnen*Juden wurden ja »erst« im Verlauf des Herbsts 1941 gekennzeichnet. Bilder der »Polenaktion« (1938) und der Deportation der südwestdeutschen Jüdinnen*Juden nach Gurs zeigen also Menschen, die als Jüdinnen*Juden verfolgt, aber noch nicht gekennzeichnet worden waren. Falls es Fotos der Deportationen aus Stettin und Schneidemühl in die Gegend von Lublin geben sollte, wären hier ebenfalls Menschen ohne Zwangsmarkierungen zu sehen.

Auf den drei Fotos der Deportation der Jüdinnen*Juden aus Hamburg vom 25. Oktober 1941 nach Litzmannstadt, die wir jüngst in enger Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen der Stiftung Hamburger Gedenkstätten identifizieren konnten, sind ebenfalls keine Zwangskennzeichen zu sehen. Selbst im November 1941 waren die gelben Stoffaufnäher offenbar noch nicht an all jene verteilt worden, die damit gekennzeichnet werden sollten.[8] So sind auch auf zwei Fotos vom 17. November 1941 von einer Deportation aus Bremen keine Zwangskennzeichen zu erkennen. Auch sonst entsprechen die Aufnahmen aus Bremen so gar nicht unseren Erwartungen. Die Deportierten lachen teils in die Kamera – oder drehen dem/der Fotograf*in gar den Rücken zu. Die Aufnahme wurde höchstwahrscheinlich aus Verfolgtenperspektive aufgenommen – bieten also einen Perspektivwechsel an, der auch in dem Foto der Flöhrsheims aus Kulmbach angelegt ist und für die pädagogische Arbeit sehr gut nutzbar ist.

Doch ein Bild aus Berlin?

Wie eingangs angeführt, ist eine der größten Fehlstellen in der Sammlung die Stadt Berlin. Im Archiv der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ist ein sehr spannendes Foto von Walter Franck überliefert. Franck war Fotograf der BVG und durfte in dieser Funktion Motive ablichten, die für andere verboten waren: Er konnte Verkehrsanlagen ebenso ins Bild setzen wie deren Zerstörung. Im November 1943 wurden jedoch fast alle seiner Bilder im Archiv in der Köthener Straße bei einem Luftangriff vernichtet. Lediglich 1000 der rund 25.000 Glasplatten konnten gerettet werden. Von den geretteten Fotos sind im Archiv der BVG insgesamt nur 26 Fotos überliefert, die zwischen Oktober 1941 und November 1943 aufgenommen wurden. Diese zeigen vor allem technische Details und geben keinen Hinweis auf die zeitgleich laufenden Deportationen. Nach der Zerstörung »seines« Archivs begann Franck sofort wieder zu fotografieren. Zu dieser Zeit war der grässliche »Höhepunkt« der Verschleppungen längst überschritten. Möglicherweise hat Franck gleichwohl ein Foto gemacht, das Vorgänge zeigt, die als Deportation anzusprechen sind.

Am 17. Februar 1944 – am Tag nach dem verheerenden Angriff von rund 900 Bombern der Royal Air Force und fünf Tage bevor der 49. Osttransport den Berliner Güterbahnhof Putlitzstraße mit Fahrziel Auschwitz-Birkenau verließ – nahm Franck dieses Bild im nördlichen Abschnitt der Potsdamer Straße auf:

Trotz des Ascheregens ist deutlich zu erkennen, dass ein gedeckter Polizei-Lastwagen vor einem Hotel hält. Es ist das Hotel West in Potsdamer Str. 16 – in etwa in der Höhe der heutigen Philharmonie. An der Ladeluke drängt sich eine Gruppe von Menschen, teils in schwarzen Uniformen. Einer von ihnen mit einem Gefreiten-Winkel auf dem linken Arm hält einen Koffer. Die Geschehnisse werden von den Wartenden an der Straßenbahnhaltestelle genau beobachtet. Vor dem LKW geht derweil ein Polizist, der offenbar den Fotografen im Auge hat. Die Vielzahl der Uniformierten und das Interesse der Umstehenden lässt darauf schließen, dass es sich um eine Razzia gehandelt hat. Wahrscheinlich richtete sie sich gegen die Bewohner*innen des Hotels West an sich – und hatte möglicherweise eher die Verfolgung nicht angemeldeter Sexarbeiter*innen als vorrangiges Ziel.[9] Nicht auszuschließen jedoch, dass auch untergetauchte Jüd*innen ins Netz der Kripo gegangen waren. Zwar war keiner der 34 Menschen des 49. Osttransports in der Potsdamer Straße oder gar im Hotel West gemeldet.[10] Das muss aber wenig heißen, weil in den Transportlisten nur die offiziellen Meldeadresse vermerkt wurde. Auf der Liste ist beispielsweise der 27-jährige Jacob Tannenberg aus Frankfurt/Main verzeichnet, der in Madrid gemeldet war.[11] Auch wenn noch unklar bleiben muss, ob hier eine Deportation zu sehen ist, zeigt das Foto in jedem Fall eine Situation, die für die Deportationen in der Spätphase –nach dem Sommer 1943 – typisch war.

Fazit

Das komplexe System der Deportationen war ein zentraler Baustein der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitiken. Die oftmals öffentlich inszenierten Verschleppungsaktionen bildeten nicht nur den Abschluss eines jahrelangen Prozesses der Ausgrenzung. Ohne die Deportationen hätte der Vernichtungsprozess nicht in gleicher Weise stattfinden können. Die Analyse der Fotos entlarvt die jahrzehntelang aufrechterhaltene Schutzbehauptung, dass solche Aktionen gleichsam bei »Nacht und Nebel« fernab der Öffentlichkeit stattgefunden hätten. Sie erlaubt, ja fordert zudem eine Analyse der nationalsozialistischen Tätergesellschaft und lässt erkennen, wer an den Deportationen in welcher Form beteiligt war. Vom Kern der Tätergesellschaft führt die Frage zudem fast zwangsläufig an ihre Ränder. Denn allzu augenfällig ist die große Zahl derjenigen, die zusehen, wie ihre Nachbar*innen verschleppt werden.

Die Menge der bereits gefundenen Fotos zeigt, dass die Deportationen fast flächen-

Foto Walter Franck, Berlin, 17.2.1944

© BVG Archiv #0285

deckend fotografiert wurden. Ebenso groß wie die Bandbreite des Sujets der Deportationsfotografie ist wohl die Zahl der Fotos, die in privaten Alben und öffentlichen Sammlungen noch der Entdeckung harren. Die im Bildatlas #LastSeen gesammelten Fotos erlauben zwar schon jetzt ein umfassendes Bild der NS-Deportation aus dem Deutschen Reich zu zeichnen. Jedes neu gefundene Foto enthält jedoch auch neue Informationen. Viel mehr als nur ein Puzzlestück, das lokale Eigenheiten der Deportationspraxis belegt und Täter*innen zeigt, sind diese Fotos sehr häufig auch das letzte Bildnis der später Ermordeten und damit ganz besonders anrührende Fundstücke.

Ganz generell zeigt uns der Umgang mit den Deportationsfotos, wie wichtig es angesichts der auf uns einprasselnden Bilderflut ist, Fotos als historische Quelle ernst zu nehmen. Wir müssen lernen, immer wieder zurückzutreten und unser eigenes Bild historischer Ereignisse zu überprüfen. Fotos sind nicht immer das, was sie scheinen, und Sachzusammenhänge ergeben sich oft nicht in der fliehenden Hast des ersten, sondern der Ruhe des zweiten Blicks.

Kooperationsprojekt #Lastseen

#LastSeen. Bilder der NS-Deportationen ist ein vielfach ausgezeichnetes Forschungs- und Vermittlungsprojekt, dessen Ziel die Sammlung, Erschließung und kontextualisierte digitale Veröffentlichung aller Deportationsfotografien aus dem Deutschen Reich 1938-1945 ist.

Das Projekt sucht fortwährend nach noch nicht veröffentlichten Fotos!

Das Verbundprojekt umfasst folgende Partner: Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, USC Dornsife Center for Advanced Genocide Research, Public History München, Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Arolsen Archives. In der ersten Förderphase 2021-2023 wurde es im Rahmen der Bildungsagenda NS-Unrecht von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft gefördert. Aktuell wird das LastSeen von der Alfred Landecker Foundation gefördert.

Der regelmäßige Newsletter des Projekts kann hier abonniert werden:
www.lastseen.org/newsletter

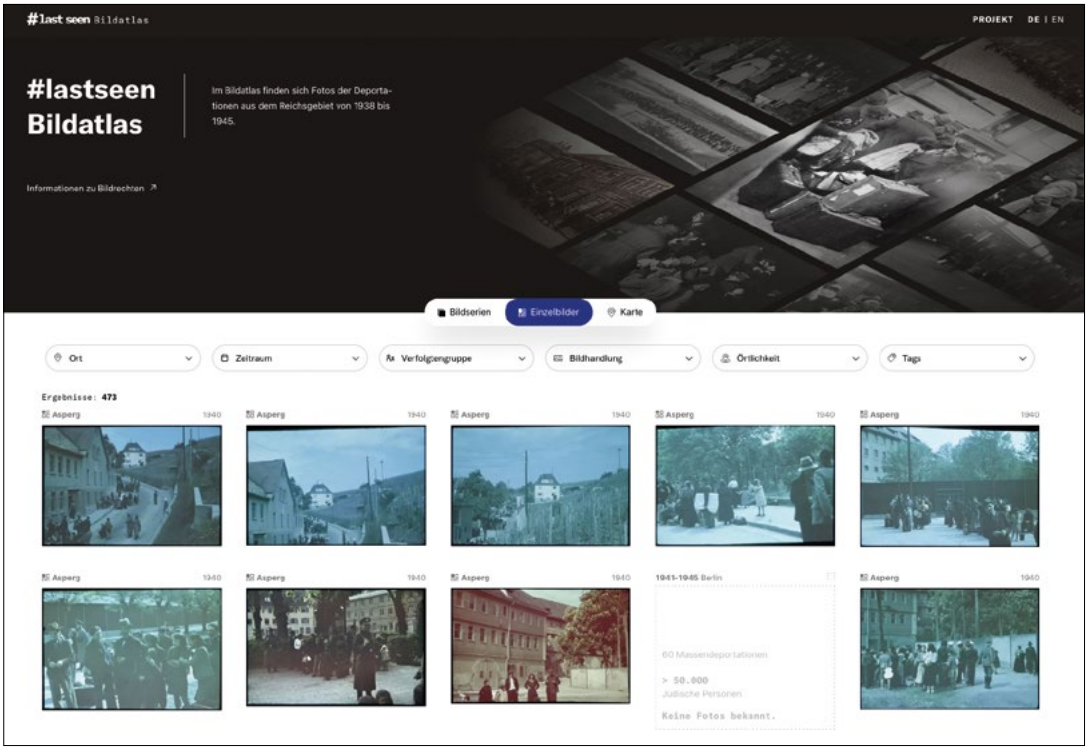
Projekt: **lastseen.org**

Bildatlas: **atlas.lastseen.org**

Entdeckungsspiel: **game.lastseen.org**

Bildatlas #LastSeen

Im Bildatlas werden bis Mitte 2026 alle bekannten Fotografien von Deportationen aus dem Deutschen Reich zwischen 1938 und 1945 digital veröffentlicht. Dank der komplexen Filterstruktur und der Annotationen, die historisches Kontextwissen zu den Fotografien bieten, vereint der Bildatlas die Funktionen einer digitalen Edition und einer interaktiven Ausstellung.



Christoph Kreutzmüller ist Stellvertretender Projektleiter #LastSeen: Bilder der NS-Deportationen am Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien, Berlin-Brandenburg.

1 Christoph Kreutzmüller/Bjoern Weigel, *Berlin im Nationalsozialismus. Abriss einer Stadtgeschichte,* Berlin 2025, S. 231.

2 Tal Bruttmann/Stefan Hördler/Christoph Kreutzmüller, *Ein Album aus Auschwitz. Die fotografische Inszenierung des Verbrechens,* Göttingen[6] 2025.

3 Fabian Schmidt, *Der Westerborkfilm. Bilderwanderung und Holocausterinnerung,* München 2024.

4 https://atlas.lastseen.org/image/kitzingen/260

5 Alina Bothe/Christoph Kreutzmüller/Babette Quinkert, *Gewalt im Bild gebannt? Eine Einführung,* in: dies. Hg., Fotografie und Gewalt im Nationalsozialismus (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 39), Göttingen 2024, S. 7-27.

6 https://atlas.lastseen.org/image/kulmbach/480

7 Monika Minninger, *Bilder einer Abschiebung 1941. Eine Fotoserie zur Bielefelder Judendeportation,* in: Westfälische Forschungen 58 (2008), S. 441-460.

8 https://atlas.lastseen.org/image/hamburg/496

9 Kreutzmüller/Weigel, *Berlin im Nationalsozialismus,* S. 115-117.

10 https://www.statistik-des-holocaust.de/OT49-2.jpg

11 Ebd.

Berit Kö · Jakob Schergaut

»Wer befreit wurde, ist auch historisch widerlegt, nicht nur militärisch besiegt«

Zur systematischen Umdeutung des 8. Mai durch die extreme Rechte. Eine Analyse des Projekts »Geschichte statt Mythen«

Der 8. Mai zwischen Erinnerung und Revision

Der 8. Mai 1945 sei ein »ambivalentes Datum«, urteilte der AfD-Bundestagsabgeordnete Götz Frömming in einem TikTok-Video zum 80. Jahrestag des Kriegsendes. Er sprach von der »nationalsozialistischen Schreckensherrschaft« und räumte eine »gewisse Berechtigung« ein, von Befreiung zu sprechen – um dann sofort das »aber« folgen zu lassen: »Nicht alle sind am 8. Mai 1945 befreit worden.« Es folgt eine Aufzählung der Opfer: tapfer kämpfende Wehrmachtssoldaten, vergewaltigte Frauen, Vertriebene, aber auch sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter:innen, die von den Nazis in Lagern interniert wurden. Die Erwähnung dieser letzten Opfergruppe dient dabei nicht der historischen Differenzierung, sondern der rhetorischen Absicherung: Wer auch Nicht-Deutsche als Opfer benennt, entzieht sich dem Vorwurf der Selbstviktimisierung. Frömmings eigentliche Botschaft bleibt dennoch unmissverständlich: Es sei »falsch«, vom Tag der Befreiung zu sprechen, denn dieser Begriff sei eine »DDR-Metapher«, ein »Propagandabegriff«, welcher der »Komplexität dieses Tages« nicht gerecht werde.

Diese Deutung wiederholte sich in Bundes- und Landtagsreden, Social-Media-Postings und rechtsextremen Publikationen mit bemerkenswerter Konsistenz. Der Begriff der Ambivalenz ist dabei nicht zufällig gewählt, denn er suggeriert, die AfD vertrete lediglich eine historisch legitime Perspektive auf den 8. Mai: Bundespräsident Theodor Heuss betonte 1949 vor dem Parlamentarischen Rat die Doppeldeutigkeit des Datums, da ›die Deutschen‹ gleichzeitig erlöst und vernichtet worden seien. In den 1950er Jahren spielte der 8. Mai kaum eine Rolle in der öffentlichen Erinnerung. Bundeskanzler Ludwig Erhard bezeichnete die Kapitulation 1965 als »grauen und trostlosen Tag« – eine für die Erlebnisgeneration typische Wahrnehmung, die ihren »persönlichen 8. Mai«[1] bereits in den Wochen zuvor erlebt hatte. Fünf Jahre später betonte Willy Brandt im Bundestag das Leid, das »der von Hitler losgebrochene Krieg« verursacht habe. Die Darstellung Hitlers als

Geschichte statt Mythen

Was wir tun
Wir analysieren Geschichtsrevisionismus – also Versuche, historische Wirklichkeiten zu verzerren oder umzudeuten: von Holocaust-Leugnung über NS-Relativierung bis zu »Schuldkult«-Narrativen. Wissenschaftlich fundiert machen wir sichtbar, wie solche Mythen entstehen und wirken und welche Fakten ihnen entgegenstehen.

Warum das wichtig ist
Manipulierte Darstellungen der Vergangenheit prägen öffentliche Debatten in Politik und Medien. Es geht um Deutungshoheit und Macht: Wer bestimmt, wie, was und wessen wir gedenken? Geschichtsrevisionistische Mythen zerstören den Konsens über die historische Verantwortung Deutschlands – und damit auch die Grundlage einer demokratischen Zukunft.

Wer wir sind
Ein gemeinsames Projekt der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ).

@stattmythen

@geschichtestattmythen

@stattmythen

alleiniger Urheber spiegelt das Bedürfnis nach Entlastungsnarrativen wider und so sprach auch Brandt schon von Befreiung, meinte damit jedoch ausschließlich andere Völker, die unter Fremdherrschaft, Terror und Angst gelitten hatten. Die entscheidende Wende vollzog sich 1975, als Bundespräsident Walter Scheel den 8. Mai auch als Befreiung der Deutschen bezeichnete, als eine Befreiung, die »von außen« gekommen sei. Zehn Jahre später setzte Richard von Weizsäcker mit seiner Rede zum 40. Jahrestag den bis heute gültigen Rahmen: Der 8. Mai markiere das »Ende eines Irrweges deutscher Geschichte«. Weizsäcker betonte die Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die NS-Verbrechen und würdigte verschiedene Opfergruppen. Seine Deutung prägte die folgenden Jahrzehnte; seit vierzig Jahren gilt der 8. Mai in der deutschen Erinnerungskultur als der Tag der Befreiung.

Kontinuitäten rechter Geschichtspolitik
Die rechtsextreme AfD und ihr Umfeld führen eine geschichtspolitische Offensive gegen die etablierte Erinnerungskultur der Bundesrepublik. Ihr aktueller ideologischer Angriff knüpft an Debatten vor dreißig Jahren an: Im Vorfeld der Gedenkrede von Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Kriegsendes organisierten rechte Akteur:innen eine Gegenkampagne. In einer Anzeige in der FAZ kritisierten sie die Deutung des 8. Mai als einseitig und betonten den »Beginn des Vertreibungsterrors und neuer Unterdrückung«. Ein Geschichtsbild, das diese »Wahrheiten« verkenne, stehe einer »selbstbewussten Nation« im Wege. Unterzeichnet wurde die Anzeige von rund 200 Personen, überwiegend aus CDU/CSU und FDP. Zu den Erstunterzeichnern gehörten auch Karl Heinz Weißmann und Dieter Stein (Junge Freiheit).[2] Für die beiden damals schon umtriebigen Akteure galt diese Kampagne als Startschuss für weitere »metapolitische« Aktivitäten, die im Jahr 2000 in der Gründung des Instituts für Staatspolitik (IfS) mündeten – heute vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft.

Auch in 2025 mobilisierten Rechtsextreme nach Demmin. Die völkischen Durchhalteparolen negieren die Befreiung vom Nationalsozialismus.

Telegram, Kanal: Der III. Weg Nord/Ost, 8. Mai 2025, Screenshot vom 20. Oktober 2025

Die Kombination aus deutscher Selbstviktimisierung und der Behauptung, kritische NS-Aufarbeitung verhindere nationale Selbstbehauptung, bündelte zentrale Motive rechter Geschichtspolitik und knüpfte an Armin Mohler an, der bereits in den 1960er Jahren einen angeblichen deutschen »Nationalmasochismus« beklagt hatte. Götz Kubitschek, Leiter des IfS, fungierte in den folgenden Jahren als ideologischer Stichwortgeber und gilt als Mitautor der Erfurter Resolution, mit der sich 2015 der radikale »Flügel« der AfD für einen explizit völkischen Kurs aussprach. Während in der Partei noch Grabenkämpfe um die programmatische Ausrichtung tobten, hatte die neonazistische Szene den 8. Mai längst als geschichtspolitischen Erinnerungsort erkannt: Die NPD veranstaltete in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) seit 2007 alljährlich sogenannte Trauermärsche, um den Massensuizid im Mai 1945 geschichtspolitisch zu vereinnahmen und eine angebliche alliierte Vernichtungsabsicht gegenüber Deutschen zu konstruieren:[3]

An diesen Kurs knüpfte die Thüringer AfD bereits 2015 an, als Stephan Brandner gegen eine angebliche »Gedenkinflation« polemisierte und deutschen Opfern von Flucht und Vertreibung die stark überhöhte Zahl von zwei Millionen zuschrieb.

Rhetorische Strategien und geschichtsrevisionistische Narrative

Zum 80. Jahrestag 2025 hatte sich dieser geschichtsrevisionistische Kurs parteiintern durchgesetzt und manifestiert sich in systematisch wiederkehrenden Narrativen. Besonders auffällig ist etwa die Verwendung der spezifischen Opferzahl von zwei Millionen, die immer wieder im rechtsextremen Lager kursiert und propagiert wird. Diese Zahl beinhalte jedoch »alle deutschen Verluste von 1939 bis 1944/45 in diesen Regionen [die ehemaligen deutschen Ostgebiete und Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa] [...], einschließlich der Vermissten und Unidentifizierten«. Und in dieser Zahl seien auch die »vermeintlichen deutschen Geburtenausfälle, die Staatsangehörigkeitswechsler, ungezählte Wehrmachtstote, die ermordeten deutschen Juden und Vermisste einbezogen«. Seriöse Schätzungen gehen von 500.000 bis 600.000 zivilen Todesopfern zwischen 1944 und 1947 aus. Mit der Strategie der radikalen Überhöhung von Zahlen versuchen rechtsextreme Akteur:innen, das Leid der deutschen Bevölkerung in eine Dimension zu rücken, die mit den Opfern der NS-Verbrechen konkurriert und diese relativiert. Da die Zahlen jedoch abstrakt sind und Einzelschicksale nicht abbilden, unterfüttern AfD-Politiker:innen ihre Redebeiträge mit persönlichen Erzählungen

und emotionalisierenden Darstellungen, die den Opferdiskurs authentifizieren und Kritik erschweren sollen. Dennis Hohloch etwa führte in einem Kurzvideo der AfD-Fraktion Brandenburg auf Telegram explizit die Geschichte seiner Großmutter an: Sie habe während des Zweiten Weltkriegs beide Eltern verloren, sei adoptiert worden und habe auf der Flucht am Wegesrand eine tote Mutter gesehen, die ein lebendes Baby im Arm gehalten habe – dieses Kind sei später ihr Bruder geworden. Die Drastik der Schilderung soll die Deutung als ›Tag der Befreiung‹ emotional delegitimieren: »Und da kann mir niemand sagen, dass das ein Tag der Befreiung war!«[4]

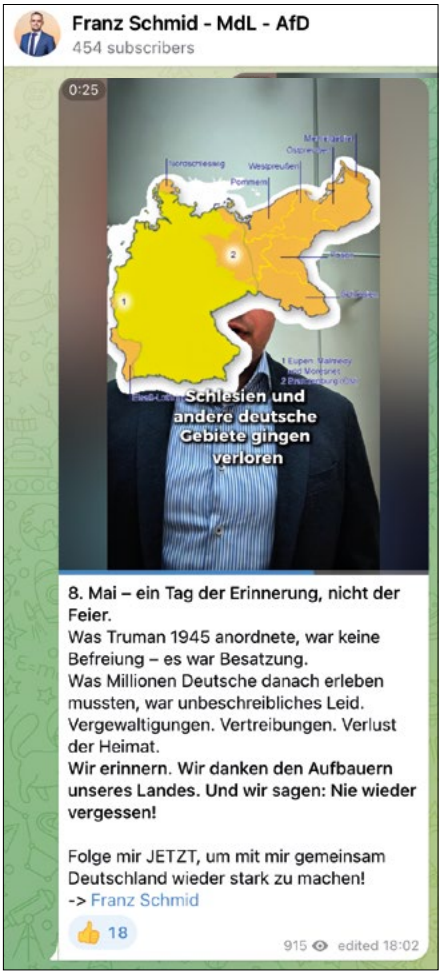
In einem Interview mit der rechtsextremen Zeitschrift Sezession berichtete auch Björn Höcke von seiner familiären Betroffenheit. Seine Urgroßeltern seien 1946 in Königsberg verhungert, doch seinen Großeltern sei die Flucht gelungen – denn die Wilhelm Gustloff hätten sie um wenige Stunden verpasst: »[W]as für ein Glück, denn dieses Schiff wurde ja versenkt, und tausende Flüchtlinge ertranken«. Er schilderte, wie ihm als Kind von einer Mutter erzählt wurde, die »tagelang ihren erfrorenen Säugling mit sich herumtrug und immer wieder wie wahnsinnig schrie«, von »Köpfen, die nach Treffern durch Bordkanonen von Tieffliegern auseinanderplatzten«. Höcke verweist auf eine Dokumentation mit Augenzeugenberichten und warnt: Wer »starke Nerven« habe, könne dort von »zu Tode vergewaltigten Mädchen und Frauen, die an Scheunentore genagelten Alten, die kopfüber an Straßenlaternen Aufgehängten und von unter ihnen entfachten Feuern langsam Gerösteten« erfahren – doch man könne das kaum lesen, »nicht am Stück«. Diese maximale Emotionalisierung durch drastische Gewaltdarstellungen soll Höcke als persönlich Betroffenen und so als Teil einer Opfergruppe authentifizieren. Kritik an seiner Position wird dadurch moralisch schwierig und zugleich wirkt die Imagination einer Opfergeschichte wie ein Gegengewicht zu den NS-Verbrechen, die damit implizit relativiert werden.

Geschichtsrevisionismus im Landtag

Die Herstellung einer solchen ›Opfersymmetrie‹ verfolgte auch der AfD-Abgeordnete Sascha Schlösser im Herbst 2024, als die Linksfraktion im Thüringer Landtag anlässlich des 80. Jahrestags vorschlug, den 8. Mai 2025 einmalig als gesetzlichen Feiertag zu begehen. Schlösser versuchte daraufhin, die Position der AfD als deckungsgleich mit denen von u. a. Walter Scheel und Richard von Weizäcker darzustellen: Er kritisierte eine angebliche Einseitigkeit und entgegnete seinem Vorredner Mathias Hey (SPD), der an die Befreiung Buchenwalds am 11. April 1945 erinnert hatte, er solle an diesem Tag nach Gispersleben gehen: »Da ist eine kleine Grabplatte. Da wurden am 11. April durch amerikanische Soldaten 50 blutjunge Soldaten erschossen.« Es handelte sich um eine gezielte Falschdarstellung: Tatsächlich fand an jenem Morgen ein Gegenangriff deutscher Truppen, überwiegend SS-Angehöriger, statt, bei dem amerikanische Soldaten gefangen genommen und an zwei verschiedenen Orten ermordet wurden. Als Vergeltung erschossen amerikanische Truppen nach dem Gefecht etwa zwölf gefangene deutsche Militärangehörige. Insgesamt starben an diesem Tag 45 deutsche Soldaten.[5] Schösser rundete die Zahl offenbar auf und vermischte die im Gefecht Gefallenen mit den völkerrechtswidrig Erschossenen. Noch problematischer ist seine implizite Gleichsetzung: Indem Schlösser die Erschießung deutscher Soldaten unmittelbar der Erwähnung der Befreiung Buchenwalds gegenüberstellt, suggeriert er eine moralische Äquivalenz zwischen deutschen Militärangehörigen – darunter SS-Männern – und KZ-Häftlingen. Diese Darstellung verwischt bewusst die Unterschiede zwischen den Kombattanten eines menschenverachtenden Regimes und den Opfern seiner Verbrechen.

links
»Weder Recht noch Menschlichkeit« skandierte das Presseorgan der rechtsextremen Partei ›Die Heimat‹ (bis Juni 2023 NPD) über die Potsdamer Konferenz und suggeriert damit, Deutschland sei alliierter Willkür ausgeliefert gewesen – eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Telegram, Kanal: Deutsche Stimme – Die andere Meinung, 8. Mai 2025, Screenshot vom 20. Oktober 2025



rechts
Im Video sagt Schmid: »Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und andere deutsche Gebiete gingen verloren. 1/3 des Gebiets des heutigen Deutschlands. Nein - zum Feiern ist das nicht.« Die passive Formulierung verschleiert die Kausalität, dass die Gebietsabtretungen Folge des von Deutschland entfesselten Vernichtungskriegs waren. Der Vergleich mit dem »heutigen Deutschland« suggeriert zudem aktuelle territoriale Ansprüche.

Telegram, Kanal: Franz Schmid – MdL – AfD, 8. Mai 2025, Screenshot vom 20. Oktober 2025

»Deutschenfeindlichkeit« und »Rumpfdeutschland«

Diese Strategie der Täter-Opfer-Umkehr findet sich in diversen Reden von AfD-Akteur:innen anlässlich des 80. Jahrestags des Kriegsendes. Die Alliierten werden dabei als Verbrecher inszeniert, deren »Willkür« und »bolschewistischen Herrschaft« (Horst Förster) ›die Deutschen‹ sich hätten unterwerfen müssen. Franz Schmid betonte, die Alliierten hätten Deutschland »nicht zum Zwecke [der] Befreiung« besetzt, sondern als ein »besiegter Feindstaat«. Auf diesen bewusst verkürzten Passus aus der US-Direktive JCS 1067 an die US-Besatzungsstreitkräfte stützt sich die extreme Rechte seit Langem, um die Nachkriegsordnung zu delegitimieren – als wäre nicht der nationalsozialistische Vernichtungskrieg, sondern dessen Beendigung durch die Alliierten das eigentliche Unrecht.

Im sächsischen Landtag unterstellte Sebastian Wippel den »sogenannten Befreiern« pauschal »imperialistische Ambitionen«. Diese Rhetorik stellt NS-Terror und alliierte Kriegsführung auf eine moralische Stufe und verschiebt die Verantwortung: Nicht das NS-Regime erscheint als Urheber von Leid und Zerstörung, sondern die Alliierten. Zusammenfassend konstatierte Christoph Berndt im Kurzvideo der AfD-Fraktion Brandenburg auf Telegram: »Die Rote Armee hat auch Verbrechen begangen, auch die Westalliierten haben Verbrechen begangen. Das kann man doch nicht vergessen! Dass wir in Frieden mit unseren Nachbarn leben können, das muss die Lehre aus dem 8. Mai sein und nicht ihre maßlose Deutschenfeindlichkeit!«[6]

Ähnlich argumentierte Dominik Kaufner, promovierter Historiker und Abgeordneter des Brandenburger Landtags. Er fiel bereits in seiner Landtagsrede mit den üblichen geschichtspolitischen Inhalten der extremen Rechten auf, als er in einer aktuellen Stunde am 27. März 2025 ausschließlich alliierte Verbrechen mit Maximalzahlen aufzählte – zu den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes verlor er kein Wort. In einem Gastbeitrag unter dem Titel »8. Mai – Zeit für eine Revision« in der Sezession konkretisierte er dann seine Kritik: »Nach der Wiedervereinigung Rumpfdeutschlands«, ein revanchistischer Kampfbegriff, sei die »Selbsterniedrigung und Geschichtsvergessenheit immer weiter fortgeschritten«. Die Vorstöße in Sachsen und Brandenburg zur Einführung von Gedenk- bzw. Feiertagen am 8. Mai habe die »Kriegspropaganda und Schuldtheologie« nochmals manifestiert. Weiter prangerte Kaufner sowjetische Kriegsverbrechen sowie britisch-amerikanische Flächenbombardements an und bezog sich auf die sogenannten Rheinwiesenlager. Gemeint ist mit diesem Schlagwort ein Mythos, wonach in amerikanischen Kriegsgefangengenlagern angeblich bis zu einer Million deutsche Soldaten umgekommen wären. Tatsächlich waren es zwischen 8.000 und maximal 40.000.[7]

Von den »braunen« zu den »grünen« Sozialisten?

In der Landtagsdebatte in Sachsen-Anhalt über die Einführung eines Feiertags am 8. Mai verknüpfte die AfD ihre Schuldumkehr mit einer ideologischen Umdeutung des Nationalsozialismus. Nach der Rede Eva von Angerns (Die Linke) erklärte Hans-Thomas Tillschneider (AfD) in einer Zwischenmeldung, am 8. Mai 1945 sei zwar ein »Unrechtsregime« beendet worden, zugleich aber die »größte Katastrophe unserer Geschichte« eingetreten. Den Vorschlag nannte er das Werk von »Linkspopulisten«. Als von Angern betonte, der Tag habe die Menschheit »von einer schrecklichen Katastrophe befreit«, rief Matthias Büttner (AfD): »Das war 1989, was Sie meinen!« – eine klare Relativierung des Nationalsozialismus. AfD-Redner Oliver Kirchner diffamierte in seinem Beitrag die Linksfraktion als »Stalins Erben« und stellte die Verbrechen der Sowjetunion in den Vordergrund – auch hier also ein Versuch, nationalsozialistischen Terror und alliierte Kriegsführung moralisch gleichzusetzen. Er dankte den Alliierten, dass sie uns »von den braunen Sozialisten« befreit hätten und forderte unter Applaus: »Nie wieder

Sozialismus, weder brauner noch roter noch grüner.« In der AfD gehört es spätestens seit Alice Weidels Aussage, Hitler sei eigentlich Kommunist gewesen, zum guten Ton, den Nationalsozialismus »den Sozialisten«, d. h. der politischen Linken, anzulasten. Ein Manöver, das die extreme Rechte und damit die AfD von der Hypothek der NS-Verbrechen befreien und für die Gegenwart rehabilitieren soll. Gleichermaßen erweitert Kirchner die Umdeutung des NS-Regimes auf die Gegenwart aus: Die Grünen gelten der AfD als Träger eines »grünen Sozialismus«. Klimapolitik oder Gleichstellung werden als Zwangsmaßnahmen eines neuen Totalitarismus diffamiert. So entkernt die AfD den Sozialismusbegriff und konstruiert eine Kontinuität von »braun« (NS) über »rot« (DDR) zu »grün« (Gegenwart) – mit sich selbst als vorgeblicher Verteidigerin der Freiheit.

Das metapolitische Ziel der extremen Rechten

Die systematischen Falschdarstellungen, Täter-Opfer-Umkehrungen und Gleichsetzungsstrategien der AfD dienen einem metapolitischen Ziel, das Karlheinz Weißmann bereits zu Beginn der 2000er Jahre im Zuge der Gründung des IfS formuliert hatte: »Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser.«[8] Diese Strategie zielte auf die intellektuelle Elite, auf akademische Diskurse und die Beeinflussung von Entscheidungsträger:innen. 25 Jahre später hat sich diese metapolitische Vision radikalisiert und ausgeweitet; Götz Kubitschek konstatierte auf der Sommerakademie des offiziell aufgelösten Instituts für Staatspolitik im September 2023, in Deutschland tobe »ein geistiger Bürgerkrieg«. Es gehe um nichts geringeres als »um die Vorherrschaft auf medialem, sprachlichem und geschichtspolitischem Feld, um Deutungshoheit, um den Markenkern einer großen Nation«. Dabei operiert die extreme Rechte auf mehreren Ebenen: Mit Schrifterzeugnissen sprechen sie das »gebildetere Publikum« an, mit TikTok-Videos zielen sie auf den »emotionalen Zugriff« und vor allem auf junge Menschen. Kubitschek lobte Maximilian Krahs Videos als »frappierend professionell«, »hunderttausendfach geschaut« und »extrem einprägsam«. Was hier offen beschrieben wird, ist eine Arbeitsteilung der Manipulation: intellektuelle Unterfütterung für die einen, emotionale Indoktrination für die anderen. Das übergeordnete Ziel benennt Kubitschek explizit: die »Auflösung der toxischen Verdrahtung« zwischen den Begriffen »deutsches Volk«, »rechts«, »Schuld« und »Holocaust« – eine »Entgiftung der Vergangenheit«, als sei die kritische Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen eine Krankheit. Sein Schlussappell lässt keinen Zweifel an der Radikalität dieses Projekts: »Lasst uns Krieg führen« – Krieg gegen den erinnerungskulturellen Konsens, gegen die etablierte Geschichtsschreibung, gegen die demokratische Erinnerung an die NS-Verbrechen. Der 8. Mai ist zu einem zentralen Schlachtfeld dieses Kampfes geworden und er zeigt die Professionalisierung dieser Strategie: Was einst als Provokation galt, wird zur Normalität erklärt, was historisch überwunden schien, kehrt als ›Ambivalenz‹ zurück.

Vom Krieg gegen die Erinnerung zur »nationalen Wiedergeburt«

Björn Höcke verfolgte im Interview mit der Sezession zum 80. Jahrestag eine ähnlich kalkulierte Taktik:[9] Er erklärte, die Debatte um Befreiung oder Niederlage sei angesichts der »existentiellen Notlage« Deutschlands »nicht mehr wichtig« – um dann seitenlang über Königsberg, Vertreibung und die »750-jährige Kulturgeschichte« Ostdeutschlands zu sprechen, die 1945 durch »ethnische Säuberungen« verlorengegangen sei. Er fordert die »Heilung der kollektiven seelischen Zerstörung« des deutschen Volkes und einen »neuen deutschen Standpunkt«, der »unserem Volk und unserer Kultur eine Zukunft« ermögliche. Er instrumentali-

Screenshots der Website
www.geschichte-statt-mythen.de

siert also massiv Geschichte, während er ihre Bedeutung rhetorisch relativiert – eine doppelte Bewegung, die Kritik erschwert: Wer Höckes Geschichtsrevisionismus kritisiert, dem kann entgegnet werden, Geschichte sei doch ohnehin unwichtig. Höckes »existentielle Notlage«, die angeblich wichtiger sei als Geschichtsdebatten, besteht aus zwei Punkten: der Gefahr eines »dritten großen Krieges« und der »millionenfachen kulturfremden Zuwanderung«, die »die Substanz unseres Volkes« in Frage stelle. Mit dieser völkischen Rhetorik vom drohenden ›Volkstod‹ legitimiert Höcke die Revision der NS-Vergangenheit als vermeintlich nachgeordnetes Problem – während er sie gleichzeitig zum Kern seiner Politik macht. Höckes Interviewer:in bringt es auf den Punkt: »Wer befreit wurde, ist auch historisch widerlegt, nicht nur militärisch besiegt.« Wer also als »befreit« gilt, dessen vorherige Herrschaft war illegitim, dessen Ideologie war verbrecherisch, dessen nationale Identität ist mit Schuld verknüpft, ist zerstört. Wer nur »besiegt« wurde, kann seine Ehre und sein Selbstbewusstsein behalten, kann die eigene Geschichte umdeuten, kann sich als Opfer inszenieren. Und so gibt es Dominik Kaufner zufolge »keinen anderen Ausweg aus der Lage der inneren und äußeren Ohnmacht […] als den der Revision«[10] und damit formuliert er offen das Meta-Ziel des Geschichtsrevisionismus: die ›nationale Wiedergeburt‹ durch eine Umschreibung und Positivbesetzung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Erkenntnisse des Projekts »Geschichte statt Mythen« werden regelmäßig über den Blog (www.geschichte-statt-mythen.de), Social-Media-Kanäle sowie öffentliche Auftritte bekannt gemacht. Das Portal versteht sich auch als Vernetzungs- und Anlaufstelle für Fachkräfte und Multiplikator:innen, die mit Geschichtsrevisionismus konfrontiert sind.

Berit Kö (ehem. Tottmann) ist seit September 2025 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Geschichte statt Mythen. Sie studierte Germanistik und Europäische Geschichte; in ihrer Dissertation an der Universität Jena untersuchte sie den Zusammenhang zwischen romantischem Denksystem und rechtsextremen Ideologien. Zuvor war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Augsburg und an der Ruhr-Universität Bochum tätig.

Jakob Schergaut ist seit August 2024 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Geschichte statt Mythen. Er hat Sozialwissenschaften (M.A.) studiert. In seiner Forschung befasst er sich mit Ansätzen zur Erklärung rechtsextremer Einstellungsmuster, mit Antisemitismus sowie mit unterschiedlichen Formen des Geschichtsrevisionismus.

---

1 Jan-Holger Kirsch: *»Wir haben aus der Geschichte gelernt«. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland.* Köln/Weimar/Wien 1999, S. 17.

2 Martin Langebach: *8. Mai 1945.* In: Michael Sturm/Fabian Virchow/Alexander Häusler (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015, S. 220.

3 Siehe dazu ausführlicher Florian Huber: *»Kind, versprich mir, dass du dich erschießt«. Der Untergang der kleinen Leute 1945,* Berlin 2015.

4 Video der AfD-Fraktion Brandenburg auf Telegram, 8. Mai 2025 (20. Oktober 2025).

5 Jakob Schergaut & Jens-Christian Wagner: *Schuldumkehr im Landtag: Sascha Schlösser (AfD) zum 8. Mai 1945, Geschichte statt Mythen,* www.geschichte-statt-mythen.de/aktuelles/Schuldumkehr-im-Landtag (20. Oktober 2025).

6 Video der AfD-Fraktion Brandenburg auf Telegram, 8. Mai 2025 (20. Oktober 2025).

7 Arthur L. Smith: *Die »vermißte Million«. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg,* München 1992 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65), S. 86.

8 Rissmann, Hans-Peter: *»Kriminelle Akte«. Interview: Karlheinz Weißmann über die Angriffe gegen das Institut für Staatspolitik,* in: Junge Freiheit 36/01, 31. August 2001, S. 6.

9 *80 Jahre Kriegsende – ein Gespräch mit Björn Höcke,* in: Sezession, 8. Mai 2025. Alle folgenden Zitate ebd.

10 Dominik Kaufner: *8. Mai – Zeit für eine Revision,* in: Sezession, 8. Mai 2025, www.sezession.de/70211/8-mai-zeit-fuer-eine-revision (10. Juli 2025).

CALL TO ACTION

Hast Du schon einmal an einem Ort gestanden und Dich gefragt, welche Version der Geschichte hier erzählt wird?

Geschichtsrevisionismus begegnet uns im Alltag:
immer dann, wenn die Vergangenheit verzerrt dargestellt wird, wenn NS-Verbrechen verharmlost oder Täter zu Opfern umgedeutet werden.

Gemeinsam machen wir Geschichtsrevisionismus sichtbar!
Wir freuen uns sehr über Eure Mithilfe, um unsere interaktive Karte zu erweitern.

Was für Orte können das sein?
NS-Propagandabauten • Ideologisch aufgeladene Denkmäler • Veranstaltungsorte für Konzerte / Vorträge / »Heldengedenken« • Anschlagsorte • Durch Vandalismus ideologisierte Orte

---

Was bieten wir?
- → alle Meldungen werden sorgfältig geprüft
- → verifizierte Fälle werden auf unserer Karte veröffentlicht
- → personenbezogene Daten können anonymisiert werden

Was brauchen wir?
- → Name des Ortes & Adresse / GPS-Koordinaten
- → kurze Beschreibung in max. 2.000 Zeichen
- → Nachweise (Fotos / Link)

---

geschichte-statt-mythen@proton.me

Jennifer Farber · Lisa Schank

Tagungsbericht

69. Bundesweites Gedenkstättenseminar – Hameln/Bückeberg, 10.–12. September 2025

Das 69. Bundesweite Gedenkstättenseminar fand vom 10. bis 12. September 2025 in Hameln und am Dokumentations- und Lernort Bückeberg statt. Rund 150 Teilnehmende aus ganz Deutschland, darunter Mitarbeitende von Gedenkstätten, Historiker:innen, Pädagog:innen sowie Multiplikator:innen historisch-politischer Bildung, kamen zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, Wissen zu vertiefen und Strategien für die Arbeit an Gedenk- und Erinnerungsorten zu diskutieren. Veranstaltet wurde das Seminar von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, dem Dokumentations- und Lernort Bückeberg, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie dem Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors.

Ziel der Bundesweiten Gedenkstättenseminare ist es, theoretische Impulse mit praxisnahen Ansätzen zu verbinden, den fachlichen Austausch zu fördern und die Vernetzung der Teilnehmenden zu stärken.

Das diesjährige Seminar richtete seinen Fokus auf die (Dis)Kontinuitäten völkischer Ideologien seit 1945 und beschäftigte sich damit, welche zentralen Begriffe und visuellen Codes der »Blut und Boden«-Ideologie bis in die Gegenwart wirksam sind, wie Gedenkstätten ihre Besucher:innen kritisch einbinden können und welche Handlungsoptionen bestehen, um der Renaissance völkischer Narrative konsequent zu begegnen.

Alle Fotos © Martin Bein/Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Tag 1 – Mittwoch, 10. September 2025: Interaktiver Auftakt, Podium und Filmgespräch

Der erste Seminartag begann mit einem bewegten Kennenlernen unter der Leitung von Vatan Ukaj von WERTansich(t), bei dem die Teilnehmenden im Raum miteinander in Bewegung kamen und sich »speed-dateten«.

In der Begrüßung durch Jan Waitzmann vom Dokumentations- und Lernort Bückeberg, Frederik Schetter von der Bundeszentrale für politische Bildung, Julana Bredtmann vom Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors und Elke Gryglewski von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten wurde die Bedeutung von Gedenkstätten als aktive Akteur:innen im Kampf gegen die extreme Rechte betont, insbesondere in ländlichen Regionen, und zugleich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Arbeit an diesen Orten reflektiert und positioniert zu gestalten.

Elke Gryglewski stellte gleich zu Beginn die zentrale Frage: »Was ist das hier eigentlich für ein Ort?« Der Bückeberg, so erklärte sie, sei ein Ort der »Volksgemeinschaft« und der Propaganda – und deshalb kein klassischer Täterort im engeren Sinne, eine Einschätzung, der man durchaus widersprechen kann, da auch ein propagandistisch inszenierter Raum Teil der Täterpraxis sein kann. Zugleich betonte sie, welche Chance ein solcher Ort gerade für kleinere Gemeinden darstellt, weil er öffentliches Interesse erzeugt und lokale Erinnerungskultur stärkt. In Niedersachsen als weitläufigem Flächenland zeige sich besonders deutlich, wie tief die »Blut und Boden«-Ideologie in landschaftliche Vorstellungen eingeschrieben wurde und zitierte Jens-Christian Wagner: »Es führt ein Weg vom Bückeberg nach Bergen-Belsen« – ein Hinweis darauf, dass die Inszenierung von »Volksgemeinschaft« und »völkischer Einheit« direkte Verbindungslinien zur Gewalt- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes besitzt.

Im anschließenden interaktiven Podiumsgespräch diskutierten die Veranstalter:innen gemeinsam mit den Teilnehmenden die lokalen, regionalen und bundesweiten Bezüge der Themen. Die Teilnehmenden nutzten die digitale Beteiligungsmöglichkeit, um Fragen und Erwartungen zu äußern. Es wurde deutlich, dass viele den Wunsch nach kollegialer Vernetzung, neuen Kontakten sowie nach weiterem inhaltlichem Fachwissen hatten und dass Gedenkstättenarbeit heute auch im Kontext zunehmender Angriffe extrem rechter Akteur:innen und gesellschaftlicher Polarisierung stattfindet. Das Podium hielt sich bewusst kurz, um Raum für den Austausch zu lassen, und bot zugleich einen reflexiven und partizipativen Einstieg in das Tagungsthema.

Die Praxisbörse »Praxis trifft Praxis. Info- und Kontaktbörse zu Stätten der NS-Propaganda« eröffnete den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich über konkrete Projekte auszutauschen. Präsentationen erfolgten unter anderem durch die Gedenkstätte Sachsenhain, das Kreismuseum Wewelsburg, den Lernort Obersalzberg und weitere Einrichtungen, die ihre Arbeit in kurzen Impulsen vorstellten. Es wurden Konzepte für Führungen, Ausstellungen und pädagogische Vermittlung sowie Beispiele für innovative Methoden und Projekte gezeigt. Die Teilnehmenden konnten so sowohl Inspiration für die eigene Arbeit gewinnen als auch Kontakte zu Kolleg:innen aus ganz Deutschland knüpfen.

Am Abend hielt die Film- und Medienwissenschaftlerin Borjana Gaković einen Vortrag über die Geschichte und Nachwirkungen von NS-Filmproduktion und -Filmpropaganda. Gaković ging auf die Kontinuität von Filmschaffenden ein, die auch nach 1945 weiterhin aktiv waren, auf die materielle Grundlage der Filmproduktion und die Gleichschaltung unter Goebbels' Einfluss. Dabei beleuchtete sie, wie jüdische Filmschaffende systematisch verdrängt wurden, wie Unterhaltungsfilme ideologisch aufgeladen wurden und welche Auswirkungen dies auf die filmische Erinnerungskultur hatte. Beispiele wie *Hitlerjunge Quex, Die Schlacht um Miggershausen* oder Dokumentationen zu den Reichserntedankfesten am Bückeberg verdeutlichten, wie Filme als Propagandainstrument genutzt wurden. Es gilt demnach, sich bewusst zu machen, wie sich völkische Ästhetik zusammensetzt, was sie attraktiv macht und den Zusammenhang von Ästhetik/Inszenierung und Gewalt und dem Umgang damit zu beleuchten.

Gleichzeitig stellte Gaković die Frage danach, welche Filme – wie beispielsweise jüdische Komödien aus der Weimarer Zeit – aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht wurden. *Was bleibt? Was wurde zum Verschwinden gebracht und was hat keine Kontinuität?*

Der Vortrag entließ das Publikum thesenstark und machte deutlich, dass insbesondere die Gedenkstättenpädagogik von der Integration filmwissenschaftlicher Elemente profitieren kann.

Tag 2 – Donnerstag, 11. September 2025: Exkursionen und Workshops

Der zweite Tag begann mit einer Einführung in die Geschichte des Bückebergs durch Bernd Gelderblom, der seit Jahrzehnten zu diesem Gelände forscht und ohne den – wie Elke Gryglewski bereits im Rahmen der Begrüßung am Vortag betonte – es den Dokumentations- und Lernort Bückeberg gar nicht gäbe. Gelderblom beschrieb das Reichserntedankfest als »ein riesiges Nazifest«, das Jahr für Jahr Hunderttausende anzog und bewusst als massenwirksame Inszenierung der »Volksgemeinschaft« angelegt war. Sein Engagement für die historische Aufarbeitung stieß lange auf erheblichen Widerstand. Spöttische Kommentare wie »Da will ein Lehrer eine bloße Kuhwiese unter Denkmalschutz stellen« begleiteten seine frühen Bemühungen, zumal der Hang damals tatsächlich als Schafweide genutzt wurde. Auch in der akademischen Forschung fand das Gelände lange kaum Beachtung: Selbst ein renommierter Historiker wie Peter Longerich habe, so merkte Gelderblom an, »für den Bückeberg keine Zeile übrig«. Noch in den 1980er-Jahren begegnete er häufig der erstaunten Reaktion: »Vom Bückeberg haben wir noch nichts gehört.« Gerade diese Ignoranz zeigt, wie sehr es lokaler Akteur:innen bedarf, um vergessene Orte in die erinnerungspolitische Landschaft zurückzuholen – und wie mühsam, konfliktreich und zugleich notwendig es sein kann, sich einen solchen Ort im wörtlichen wie übertragenen Sinne zu erkämpfen.

Exkursion zum Friedhof am Wehl, geleitet von Bernhard Gelderblom

Der Friedhof am Wehl in Hameln ist ein vielschichtiger Erinnerungsort, der Einblicke in verschiedene Phasen deutscher Geschichte gewährt, von einem Kriegsgefangenenlager im Ersten Weltkrieg über die Zeit des Nationalsozialismus bis heute. Auf dem Gelände befinden sich Gräberfelder mit russischen, serbischen und belgischen Soldaten des Ersten Weltkriegs, Zwangsarbeiter:innen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, Bombenopfern sowie deutschen Soldaten. Ein besonderes Kapitel ist das Gräberfeld für Inhaftierte des Zuchthauses Hameln, dessen Anerkennung als Kriegsgräberstätte nach umfangreichen Schüler- und Erinnerungsprojekten gelang.

Die Teilnehmenden erfuhren von den historischen Kämpfen in den 1980er-Jahren, als rechte Akteur:innen durch die Stadt zogen und der Umgang mit Erinnerungskultur und Gedenktafeln stark umstritten war.

Wie so häufig musste auch hinsichtlich des Friedhofs die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus lange erkämpft werden. Gegen Mehrheiten, gegen die lokale und überregionale extreme Rechte und gegen den Zeitgeist – letztlich dann auch mit Erfolg.

Im Anschluss folgte eine Exkursion zum Dokumentations- und Lernort Bückeberg. Gelderblom und weitere Kolleg:innen erläuterten die Reichserntedankfeste von 1933 bis 1937, die als Volksfeste in der Natur mit bis zu 1,2 Millionen Teilnehmenden konzipiert waren. Die zentrale Position Hitlers auf der Rednertribüne, Lautsprecheranlagen, Live-Durchsagen und die Topographie des »gebauten Bergs« inszenierten die Masse und ließen die Teilnehmenden die Erfahrung machen, Teil einer »Volksgemeinschaft« zu sein. Die Bäuer:innen wurden sichtbar gewürdigt, und die räumliche Inszenierung der Feste demonstrierte die propagandistische Wirkung von Architektur und Raumgestaltung.

Am Nachmittag fanden fünf parallele Workshops statt

Im Workshop »Volk, Raum und Gemeinschaft« diskutierten Jan Waitzmann, Wilfried Duckstein und Uwe Danker über die ideologischen Funktionen der Begriffe, die Zusammenhänge von Inklusion und Exklusion und die Wirkmacht von »Volksgemeinschaft« und »Lebensraum« in der NS-Ideologie. Es wurde reflektiert, dass Täter:innen, Opfer und Zuschauer:innen im Begriff der »Volksgemeinschaft« oft verschwimmen, und dass gedenkstättenpädagogische Arbeit stärker die Täter:innenschaft in den Blick nehmen sollte.

Im Workshop »Hermann Löns – Die Heide brennt« beleuchteten Elke Gryglewski, Jens-Christian Wagner und Martin Raabe die Heideromantik im Nationalsozialismus und verfolgten Kontinuitätslinien bis zu aktuellen Protestformen.

Der Workshop »Deutsche Arbeit, Zwangsarbeit und Volksgemeinschaft« unter der Leitung von Marcus Meyer und Maike Weth widmete sich der zentralen Rolle, die der Arbeitsbegriff in der NS-Ideologie spielte. Im Mittelpunkt stand die von der Propaganda erzeugte Heilserwartung an Arbeit, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit scheinbar auflöste und zugleich die »Volksgemeinschaft« als harmonisierte Einheit inszenierte. Diese vermeintliche Überwindung sozialer Widersprüche wurde jedoch durch eine neue Grenzziehung ersetzt: zwischen jenen, die »richtig« arbeiteten, und denen, die als »arbeitsscheu«, »asozial« oder als nur »Nicht-Arbeit Leistende« diffamiert und ausgegrenzt wurden. Auch geschlechterpolitisch knüpfte der Nationalsozialismus an dieses Versprechen der Widerspruchsauflösung an, indem er Frauen und Männer in ein völkisch organisiertes Tätigkeits- und Pflichtensystem

einband, das Gleichwertigkeit suggerierte, aber reale Ungleichheiten verschleierte. So zeigte der Workshop deutlich, wie eng Ideologie, soziale Praxis und Zwangsarbeit miteinander verflochten waren und wie stark die Differenz zwischen propagiertem Ideal und brutaler Realität ausfiel.

Im Workshop »Nachwirkungen der NS-(Rassen-)Ideologie am Beispiel von Antisemitismus und Antiziganismus« bearbeiteten Katrin Unger, Enno Stünkel, Andrea Wierich und Bernd Grafe-Ulke unterschiedliche Wirkungsweisen dieser Ideologien und stellten aktuelle Fortbildungsprogramme vor.

Der Workshop »Ausschluss und Abtransport der Jüdinnen und Juden im NS« mit Christoph Kreutzmüller (#LastSeen) beschäftigte sich mit der Analyse von Fotografien und Bildmaterial aus Forschungsprojekten und deren pädagogischer Einbindung.

Der Tag endete mit einem gemeinsamen Stadtspaziergang und kollegialem Austausch.

Tag 3 – Freitag, 12. September 2025: Geschichtspolitik und Fishbowl

Moderiert von Cornelia Siebeck reflektierten die Teilnehmenden zu Beginn des dritten Tages zunächst die Ergebnisse der Workshops.

Aus der intensiven Beschäftigung mit den historischen Orten sowie den Workshopthemen leiteten sich Fragen dahingehend ab, wie ein angemessener Umgang mit zwei zentralen und sehr wirkmächtigen Ideologemen (extrem) rechter Ideologie gelingen kann: dem Wunsch nach der Auflösung von Widersprüchen und die Ermächtigung in und durch die Masse. Und: Wie können mögliche Gegenerzählungen formuliert werden, die ebenfalls attraktiv sind?

Fabian Virchow hielt anschließend einen Vortrag zu historischen Narrativen und Geschichtspolitik der extremen Rechten nach 1945. Er erläuterte, wie Basiserzählungen hegemoniale Vorstellungen von Gesellschaft transportieren und sich in Gedenktagen, Schulbüchern und Preisen spiegeln. Virchow thematisierte drei Formen von Geschichtsrevisionismus: alternative Erklärungen zum Kriegsbeginn, Rechtfertigung und Relativierung von NS-Verbrechen sowie Holocaust-Revisionismus. Die identitätspolitische Dimension rechter Geschichtspolitik, die konkurrierende Gesellschaftsbilder entwirft und Generationen beeinflussen möchte, wurde hervorgehoben.

In der darauffolgenden Fishbowl-Diskussion berichtete Stina Barrenscheen-Loster von Anfeindungen, Bedrohungen und Vandalismus an der Gedenkstätte Schillstraße, während Stefan Wilbricht über verdeckte Besuche rechter Gruppen in der Gedenkstätte Moringen berichtete und die Bedeutung von Hausrecht und Anmeldepflichten betonte. Michael Sturm (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus), Uta George (Verunsichernde Orte) und Jakob Schergaut (Geschichte statt Mythen) ergänzten ihre Perspektiven: Sie diskutierten die Notwendigkeit von Netzwerken, Fortbildungen, Handreichungen und Serviceangeboten wie Webseiten, um Handlungssicherheit und Selbstbewusstsein der Mitarbeitenden zu stärken. Die Teilnehmenden reflektierten, wie Gedenkstättenarbeit nicht nur historische Vermittlung, sondern auch Schutz, Empowerment und gesellschaftliche Verantwortung umfasst. Abschließend wurde betont, dass Haltung und direktes Eingreifen stets notwendig sind, um Ideologien rechter Akteur:innen zu begegnen, und dass gleichzeitig positive Zukunftsperspektiven und menschenrechtsorientierter Aktivismus gefördert werden müssen. Michael Sturm riet dazu, sich nicht nur an rechten Angriffen und Provokationen abzuarbeiten, sondern das Selbstbewusstsein der in der Gedenkarbeit Tätigen zu stärken und zu fragen: »Was können wir in den Gedenkstätten denn eigentlich alles? Und wie lässt sich die eigene Positioniertheit ganz praktisch mit emanzipatorischen Potenzialen füllen?«

Sowohl der Vortrag als auch die Fishbowl-Diskussion machten erneut deutlich, dass wenn Geschichtserzählungen umkämpft sind, Gedenkstätten dies logischerweise auch (immer noch) sind. Die Orte und insbesondere die Menschen, die sich dort aufhalten, sind Ziel von Anfeindungen und Angriffen. Dem entgegen gilt es, eine klare Haltung zu entwickeln und zu kommunizieren. Hausordnungen und Absicherungen sind wichtig, um die Mitarbeiter:innen wie Besucher:innen zu empowern und die Räume zu verteidigen.

Wichtig sind dabei vor allem solidarische Netzwerke und Bündnisse, gegenseitiger Austausch und sich als Akteur:innen mit einem gemeinsamen emanzipatorischen, politischen Verständnis zu begreifen.

Fazit

Das Seminar bot eine beeindruckende Fülle an Themen, Methoden und historischen Orten, die gemeinsam deutlich machten, in welcher Lage sich die Gedenkstättenarbeit derzeit befindet. Immer klarer wird, dass Gedenkstätten zunehmend bedroht sind und der gesellschaftliche Konsens, auf dem ihre Arbeit jahrzehntelang ruhte, spürbar bröckelt. Rechte Ideologien und völkische Denkmuster wirken heute wieder mit großer Kraft; sie sind nicht bloß Relikte der Vergangenheit, sondern aktuelle politische Angebote. Ihre Attraktivität speist sich aus dem Versprechen, gesellschaftliche Verunsicherungen und Widersprüche scheinbar aufzulösen – und stellt einen Backlash gegen progressive Errungenschaften dar.

Anschaulich zeigte die Tagung – auch und gerade an einem historischen Ort wie dem Bückeberg –, dass völkisches Denken über machtvolle Erzählungen verfügt: von Verschmelzung in der Masse, von dem Gefühl kollektiver Ermächtigung, von vermeintlicher Harmonie und der behaupteten Überlegenheit gegenüber den »anderen«. Es ist ein Narrativ, das sowohl emotional als auch sozial tiefgreifende Anziehungskraft entfalten kann.

Gleichzeitig wurde im Verlauf der Tage deutlich, welche Rolle Gedenkstätten in dieser Situation übernehmen können und müssen. Als positionierte Orte verbinden sie historische Vermittlung mit Empowerment, Schutz und gesellschaftlicher Verantwortung. Sie arbeiten nicht neutral – und können es auch nicht –, sondern intervenieren bewusst gegen Geschichtsrevisionismus, Neonazismus und ideologische Kontinuitäten. Das bedeutet, Handlungsspielräume zu erkennen, Allianzen zu stärken und Bildungsarbeit als demokratische Praxis zu begreifen. Ebenso wichtig ist es, positive Zukunftsperspektiven zu entwickeln, die Menschen nicht nur gegen (extrem) rechte Ideologien wappnen, sondern ihnen auch alternative, solidarische Erzählungen anbieten. Dass Gedenkstätten als klar positionierte Orte sichtbar sind, macht sie zugleich zur Zielscheibe – und genau dieser Realität müssen sie mit Professionalität, Vernetzung und politischer Klarheit begegnen.

Trotz aller Herausforderungen zeigte die Tagung auch vieles, das Hoffnung gibt: Erstens wurde spürbar, dass wir viele sind. Vernetzung ist wichtiger denn je, und das Motto »Bildet Banden« war nicht nur ein aktivistischer Appell, sondern eine konkrete Strategie für den Arbeitsalltag. Zweitens lohnt sich der Blick auf die eigene Geschichte: Die Gedenkstättenlandschaft hat eine reiche Tradition an aktivistischen Kämpfen, die Mut machen und Orientierung geben können – und kleine, zivilgesellschaftlich erkämpfte Orte wie der Bückeberg eignen sich hervorragend dafür. Drittens zeigte sich, wie notwendig es ist, Allies auch außerhalb der eigenen Bubble zu suchen. Viele Gruppen, etwa queere Communities, stehen heute ebenfalls unter Druck und werden von rechten Akteur:innen angegriffen; gemeinsame Strategien und solidarische Netzwerke können hier enorm stärken.

Gerade an dieser Stelle wurde jedoch auch eine Leerstelle des Seminars sichtbar. Fragen nach Antifeminismus und anti-queerer Ideologie fanden – trotz ihrer enormen Relevanz in aktuellen extrem rechten Diskursen – keinen Raum. Dabei wäre es dringend notwendig, diese Themen systematisch in die Gedenkstättenarbeit zu integrieren: etwa über eine Auseinandersetzung mit soldatischer Männlichkeit, mit Geschlechterbildern im Nationalsozialismus oder mit heutigen Angriffen auf queeres Leben. Gedenkstätten könnten hier wichtige Allianzen bilden, Position beziehen und Schutzräume stärken. Die Tagung hat deutlich gemacht, wie viel bereits geleistet wird – und gleichzeitig, wo die nächsten Schritte liegen.

Jennifer Farber ist Gedenkstättenpädagogin mit Schwerpunkt diskriminierungskritische Bildungsarbeit am Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie Duisburg.

Lisa Schank ist Historikerin und Geschichtsvermittlerin. Zu ihren fachlichen Schwerpunkten gehören NS-Zwangsarbeit, Erinnerung in der post-migrantischen Gesellschaft und rassismuskritische Bildungsarbeit.

Ausstellungen

Berlin bis 11. Januar 2026	»**Die Nazis waren ja nicht einfach weg.« Vom Umgang mit dem Natioznalsozialismus in Deutschland seit 1945** Dokumentationszentrum Topographie des Terrors https://www.topographie.de/ausstellungen/die-nazis-waren-ja-nicht-einfach-weg
Berlin bis 26. April 2026	**Trotzdem da! Kinder aus verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen** Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit https://www.ns-zwangsarbeit.de/ausstellungen/trotzdem-da
Berlin bis 31. Dezember 2026	**Umbenennen?! Berlins Straßennamen und ihre Geschichte** Eine Ausstellung über Straßennamen im Schwerbelastungskörper Berliner Bezirksmuseen und Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. https://umbenennen.berlin/
Berlin bis 12. April 2026	**Claude Lanzmann. Die Aufzeichnungen** Jüdisches Museum Berlin www.jmberlin.de/ausstellung-claude-lanzmann-die-aufzeichnungen
Berlin bis auf Weiteres	**Die deutsche Kapitulation im Mai 1945** Museum Berlin-Karlshorst (Open-Air) www.museum-karlshorst.de/ausstellungen/die-deutsche-kapitulation-im-mai-1945/

Berlin bis 10. Januar 2026	**Das Reichskriegsgericht 1936–1945 Nationalsozialistische Militärjustiz und die Bekämpfung des Widerstands in Europa** Gedenkstätte Deutscher Widerstand www.gdw-berlin.de/angebote/ausstellungen/sonderausstellungen
Berlin bis 25. Januar 2026	**Im Visier! Lovis Corinth, die Nationalgalerie und die Aktion »Entartete Kunst«** Alte Nationalgalerie www.smb.museum/ausstellungen/detail/im-visier/
Bonn bis 26. Januar 2026	**Nach Hitler. Die deutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus** Haus der Geschichte www.hdg.de/haus-der-geschichte/ausstellungen/nach-hitler-die-deutsche-auseinandersetzung-mit-dem-nationalsozialismus
Dachau bis 31. Dezember 2026	**Dachauer Prozesse – Verbrechen, Verfahren und Verantwortung** KZ-Gedenkstätte Dachau www.kz-gedenkstaette-dachau.de/sonderausstellungen/dachauer-prozesse-verbrechen-verfahren-und-verantwortung/
Dorsten bis 12. April 2026	**Rafft Euch empor! Jüdische Aktivistinnen aus Westfalen in der ersten Frauenbewegung** Jüdisches Museum Westfalen www.jmw-dorsten.de/rafft-euch-empor/

Erfurt bis 17. Mai 2027	**Verfolgen und Aufklären. Die erste Generation der Holocaustforschung** Erinnerungsort Topf & Söhne www.topfundsoehne.de/ts/de/service/aktuelles/ausstellungen/2025/150030.html
Esterwegen bis 13. Dezember 2025	**»… auf deutschem Boden für die ganze Welt« – Niedersachsen im Nationalsozialismus** Gedenkstätte Esterwegen www.gedenkstaette-esterwegen.de/de/aktuelles/detail/ausstellungseroeffnung-auf-deutschem-boden-fuer-die-ganze-welt-niedersachsen-im-nationalsozialismus
Görlitz bis 14. Dezember 2025	**Nationalsozialismus in Görlitz – 80 Jahre Kriegsende** Görlitzer Sammlungen / Kaisertrutz www.goerlitzer-sammlungen.de/nationalsozialismus-in-goerlitz.html
Hamburg bis 10. Februar 2026	**Un|sichtbarer Terror. Orte rechter Gewalt in Deutschland** KZ-Gedenkstätte Neuengamme www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/aktuelles/news/wanderausstellung-unsichtbarer-terror-orte-rechter-gewalt-in-deutschland

Jamlitz bis 20. Dezember 2025	**»Wer ein Leben rettet …« – Lebensgeschichten von Kindern des »Verlorenen Transports«** Gedenkstätte Lieberose in Jamlitz https://verlorenertransport.de/stationen.html
Köln bis 4. Januar 2026	**Die Verleugneten. Opfer des Nationalsozialismus 1933 – 1945 – heute** NS-Dokumentationszentrum https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/Die-Verleugneten
München bis 1. März 2026	**Die Dritte Generation. Der Holocaust im familiären Gedächtnis** Jüdisches Museum München www.juedisches-museum-muenchen.de/ausstellungen/die-dritte-generation
München bis 10. Mai 2026	**Erinnerung ist …** NS-Dokumentationszentrum München www.nsdoku.de/erinnerung-ist

Nach der Generation Aufarbeitung – Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten

Bundesweite Gesprächsreihe: online und vor Ort

In Deutschland existiert heute eine dezentrale und plurale Gedenkstättenlandschaft zur Erinnerung an die NS-Verbrechen. Die Etablierung dieser Gedenkstättenlandschaft musste teils gegen erhebliche Widerstände erkämpft werden. Die damit einhergehenden Konflikte und Herausforderungen bilden den Erfahrungshorizont einer »Generation Aufarbeitung«, welche die Erinnerungskultur über Jahrzehnte geprägt hat. Seit einigen Jahren vollzieht sich ein Generationenwechsel. Anlässlich dessen will eine Gesprächsreihe an unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik zurück- und vorausschauen:

Auf wessen Initiative sind Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen eigentlich entstanden? Welche Rolle spielten Überlebende? Was trug das zivilgesellschaftliche Engagement in der alten Bundesrepublik und der DDR bei? Welche Auswirkungen hatte die Wiedervereinigung auf das erinnerungspolitische Feld? In welchen anhaltenden Spannungsverhältnissen bewegt sich die Gedenkstättenarbeit in der postnationalsozialistischen Gesellschaft? Vor welchen Herausforderungen steht sie in der Gegenwart, wo sieht sie sich in Zukunft?

Die sechsteilige Gesprächsreihe bringt verschiedene Generationen von Gedenkstättenmitarbeiter:innen und Wissenschaftler:innen miteinander ins Gespräch. Das Projekt geht auf eine Initiative des Historikers Habbo Knoch zurück, der im Dezember 2024 viel zu früh verstorben ist. Es ist seinem Andenken gewidmet.

Das Hintergrundbild zeigt die Aktion »1933–1945 Nachgegraben« auf dem Gelände der heutigen Topographie des Terrors, West-Berlin 1985.

Hans Peter Stiebing/Nachlass apabiz e.V.; Gestaltung: Simone Vollenweider

Kooperationspartner:innen

NS-Dokumentationszentrum Köln, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Lehrstuhl für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Universität Jena, sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte, Stiftung Topographie des Terrors, Bundeszentrale für politische Bildung

Die beteiligten Institutionen laden die Öffentlichkeit in Köln, Jena, Leipzig, Hamburg und Berlin dazu ein, vor Ort mitzudiskutieren. Zugleich können die einzelnen Veranstaltungen über einen Livestream auch online verfolgt und die Videomitschnitte über unsere Website abgerufen werden.

www.nachdergenerationaufarbeitung.de

www.youtube.com/@NachDerGenerationAufarbeitung

Veranstaltungen

Nach der Generation Aufarbeitung –
Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten

www.nachdergenerationaufarbeitung.de

Köln 20. November 2025 18–20Uhr	**Aufbrüche: Die »Generation Aufarbeitung« und die Anfänge der deutschen Gedenkstättenbewegung** Ort / Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum
Jena 17. Dezember 2025 18:15–19:45 Uhr	**Verdoppelte Aufarbeitung? Kontroversen um NS-Gedenkstätten nach der Wiedervereinigung** Ort / Veranstalter: Friedrich-Schiller-Universität
Leipzig 4. Februar 2026 18–19:30 Uhr	**Neue Freiräume, neue Abhängigkeiten? Zivilgesellschaftlicher Aufbruch und staatliche Erinnerungspolitik im wiedervereinten Deutschland** Ort / Veranstalter: Deutsche Nationalbibliothek
Hamburg 31. März 2026 18–19:30 Uhr	**Erinnern oder Lernen? Emotionen, Wissen und Rituale in der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen** Ort / Veranstalter: Zentralbibliothek der Hamburger Bücherhallen

Berlin 28. April 2026 19–21 Uhr	**Wessen Leid zählt?** **Erinnerungskonkurrenzen und Repräsentationskonflikte in der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen** Ort / Veranstalter: Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
Berlin 13. Mai 2026 18–19:30 Uhr	**Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung?** **Gegenwartsbezüge und -bedarfe in der Gedenkstättenarbeit zu den NS-Verbrechen** Ort / Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung

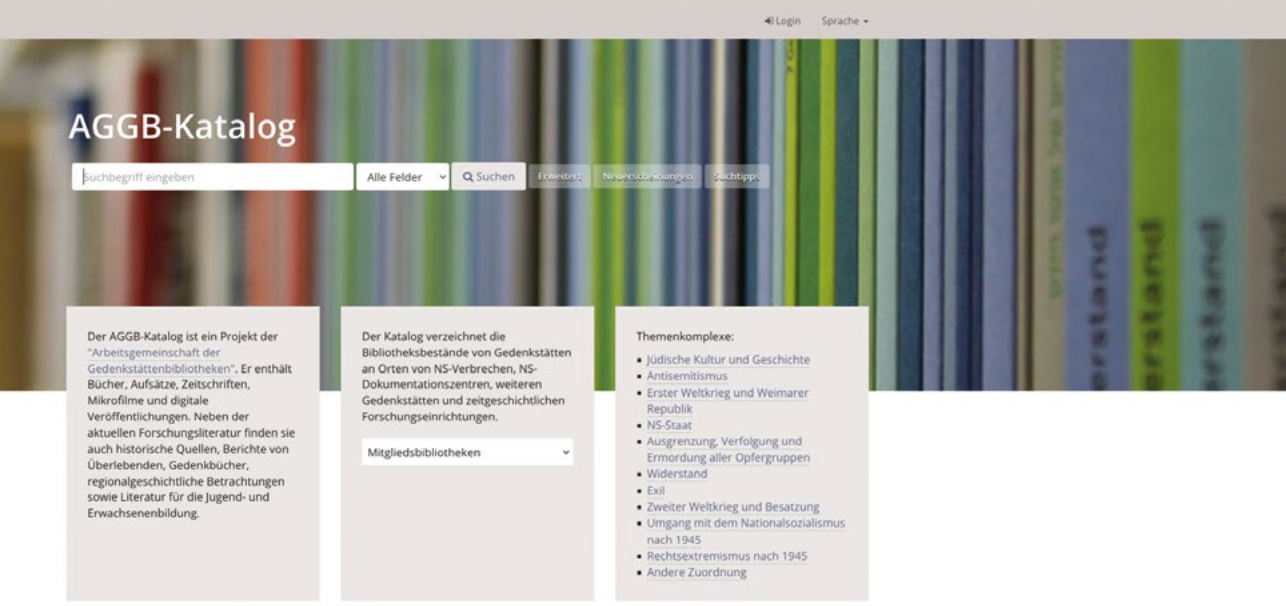
Literatur

Auf der Suche nach Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus und NS-Verfolgung?

Der AGGB-Katalog – ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken – verknüpft über zwanzig Bibliotheksbestände von Gedenkstätten an Orten von NS-Verbrechen, NS-Dokumentationszentren, weiteren Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Forschungseinrichtungen.

Hier finden sich Bücher, Aufsätze und Zeitschriften zu folgenden Themen: Nationalsozialistische Gesellschaft, NS-Täterschaft, Exil und Widerstand, Verfolgung, Antisemitismus und Rassismus, Erinnerungskultur und Aufarbeitung der NS-Verbrechen seit 1945. Neben der aktuellen Forschungsliteratur enthält der Katalog auch historische Quellen, Berichte von Überlebenden, Gedenkbücher, regionalgeschichtliche Betrachtungen sowie Literatur für Jugend- und Erwachsenenbildung.

https://aggb-katalog.de/vufind/



TOPOGRAPHIE DES TERRORS

www.topographie.de
www.gedenkstättenforum.de